

Grosser Gemeinderat Winterthur

Protokoll der **24./25. Sitzung** des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2009/2010 vom 3. Mai 2010

16.15 bis 18.30 und von 20.00 bis 21.00

Vorsitz: Y. Beutler (SP)

Protokoll: K. Lang

Entschuldigt Abendsitzung: J. Würgler (SP)

Beide Sitzungen: U. Böni (SP), U. Fischer (EVP), M. Läderach (EVP)

Traktanden

Trakt. Gesch. Geschäft

- | Nr. | Nr. | |
|-----|--------------|---|
| 1.* | | Protokoll der 20./21. Sitzung |
| 2.* | 09/100 (DKD) | Grundlagebeschluss für das Statistikprojekt "Siedlungstyp und Einkommenssituation" |
| 3.* | 10/016 (DSS) | Reorganisation der Schulbehörden: Totalrevision bzw. Neuerlass der Geschäftsordnung Volksschule Winterthur |
| 4.* | 10/017 (DSS) | Neuerlass einer Verordnung über das Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) und weitere Aus- und Weiterbildungsangebote der Stadt Winterthur |
| 5.* | 09/091 (DKD) | Begründung des Postulats St. Fritschi (FDP) betreffend 750 Jahre Winterthurer Stadtrecht |
| 6.* | 09/117 (DTB) | Begründung des Postulats St. Fritschi (FDP) betreffend Solarkataster für die Stadt Winterthur |
| 7.* | 09/111 (DB) | Begründung des Postulats O. Seitz (SP), M. Stauber (Grüne/AL) und N. Sabathy (CVP) betreffend Einführung eines Veloverleihsystems |
| 8.* | 09/064 (DSS) | Beantwortung der Interpellation Ch. Baumann (SP), M. Stauber (Grüne/AL), M. Läderach (EVP/EDU/GLP) und St. Nyffeler (SVP) betreffend Unterstützung des altersdurchmischten Lernen an den Winterthurer Schulen |
| 9. | 09/065 (DSS) | Beantwortung der Interpellation St. Fritschi (FDP), K. Brand (CVP), W. Steiner (SVP) und N. Gugger (EVP/EDU) betreffend subventionierte Krippenplätze bei SalZH |

10. 09/009 Beantwortung der Interpellation F. Helg (FDP) betreffend Lärmschutz entlang der A1 in Winterthur (DB)
11. 09/090 Beantwortung der Interpellation F. Landolt (SP) betreffend Gesamtsanierung Adlergarten (DB)
12. 09/116 Begründung des Postulats F. Helg (FDP) betreffend Sonnenenergie von städtischen Dächern (DB)
13. 09/033 Beantwortung der Interpellation J. Romer (SP) betreffend Massnahmen gegen Amokläufe und andere Notfälle an Schulen (DSS)
14. 09/099 Beantwortung der Interpellation St. Nyffeler (SVP) betreffend Überprüfung der Strukturen des DSS in Bezug auf Verwaltungsapparat, Personalressourcen und Sparpotenzial im Departement (DSS)
15. 09/087 Beantwortung der Interpellation F. Helg (FDP) betreffend Förderung leistungsfähiger Schülerinnen und Schüler (DSS)

(* an dieser Sitzung behandelten Geschäfte)

Ratspräsidentin Y. Beutler begrüsst zur 24. und 25. Sitzung im Amtsjahr 2009/2010.

Mitteilungen

Ratspräsidentin Y. Beutler: Die Protokollführerin K. Lang ist krank und es konnte kein Ersatz gefunden werden. Wer möchte, dass die Stimmen für die Nachwelt erhalten bleiben, muss laut und deutlich sprechen, weil das Protokoll anhand der Tonbandaufzeichnungen erstellt wird.

Die Ratspräsidentin gratuliert M. Bernhard, Ratschreiber, zur Geburt seines Sohnes Marvin Eric.

Ratspräsidentin Y. Beutler verabschiedet Stadträtin M. Ingold, die heute zum letzten Mal im Rat sitzt. Stadträtin M. Ingold kann auf eine sehr lange politische Karriere in Winterthur zurückblicken. Sie war Kirchenpflegerin, Präsidentin der Kirchenpflege und Verfassungsrätin. Sie gehörte während 5 Jahren dem Gemeinderat an und seit 2002 ist sie Vorsteherin des Departements Soziales. Die Ratspräsidentin hat Stadträtin M. Ingold als unaufgeregte, kompetente, ehrliche Ansprechpartnerin erlebt, die das Departement in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld mit ruhiger Hand geführt und dabei manchen Meilenstein erreicht hat. Sie hat den Bereich Alter und Pflege reorganisiert und dafür nicht nur Lorbeeren geerntet, mit Jump und Jumpina eine sehr wertvolle Institution ins Leben gerufen und die Jugendarbeit und die mobile Strassenarbeit gestärkt. Am erfolgreichsten war sie vielleicht in Bezug auf die Diskussion über den Sozialhilfemissbrauch, indem sie in Winterthur das Vorgehen regeln konnte. Stadträtin M. Ingold wird der Politik nicht den Rücken kehren, sondern in Bern für ihre Werte und hoffentlich auch für Winterthur weiterhin eintreten. Ratspräsidentin Y. Beutler wünscht ihr dafür viel Erfolg. Sie dankt der Stadträtin für ihr Engagement und überreicht ihr einen Blumenstrauss.

Der Rat verabschiedet Stadträtin M. Ingold mit einem Applaus.

Ratspräsidentin Y. Beutler verabschiedet Stadtrat W. Bossert. Er war 14 Jahre lang Gemeinderat bevor er 2002 in den Stadtrat gewählt wurde. In nur 8 Jahren war er Vorsteher von drei Departementen. Zunächst führte er das Departement Technische Betriebe. Nach der Wahl von H. Hollenstein in den Regierungsrat war er Vorsteher des Departements Sicherheit und Umwelt und nicht ganz freiwillig erfolgte der Wechsel in das Departement Bau. Stadtrat W. Bossert hat in dieser Stadt Spuren hinterlassen. Die Verkehrsbetriebe wurden in Stadtbus und die städtischen Werke in Stadtwerke umgewandelt. Dabei haben nicht nur

äusserliche Veränderungen stattgefunden. Im Departement Bau hat sich Stadtrat W. Bossert erfolgreich für den Masterplan Bahnhof eingesetzt. Er hat sich gegen den Plastik-Schrott in der Altstadt engagiert, ein Minarett bewilligen dürfen, den Eulachpark durchgebracht und unzählige Um- und Neubauten geplant und realisiert. Dabei hat Stadtrat W. Bossert in Kauf genommen, es nicht immer allen recht zu machen – aber bekanntlich tritt nur derjenige, der sich nicht bewegt, nie jemandem auf die Füsse. Als eigentliches Mass der politischen Karriere hat sich aber die gewonnene Volksabstimmung über den Bau einer WC-Anlage beim Stadtpark erwiesen. Deshalb hat Ratspräsidentin Y. Beutler auch keinen Blumenstraus organisiert. Sie überreicht Stadtrat W. Bossert eine Miniatur des WC-Häuschens und wünscht ihm alles Gute.

Der Rat verabschiedet Stadtrat W. Bossert mit einem Applaus.

Ratspräsidentin Y. Beutler verabschiedet K. Brand (CVP). Er ist seit dem 1. Januar 2009 Mitglied des Gemeinderates und Mitglied der Sachkommission Soziales und Sicherheit. K. Brand wäre gerne noch länger im Gemeinderat geblieben. Soeben hat die Ratspräsidentin einen Stadtrat verabschiedet, der ebenfalls einmal abgewählt worden ist. Deshalb ist noch nichts verloren. Sie wünscht K. Brand alles Gute für die Zukunft.

Der Rat verabschiedet K. Brand mit einem Applaus.

Ratspräsidentin Y. Beutler verabschiedet N. Sabathy (CVP). Er ist seit dem 18. Mai 2009 Mitglied des Gemeinderates und der Sachkommission Bau und Betriebe. Vielleicht sieht man auch N. Sabathy wieder im Rat. Die Ratspräsidentin wünscht ihm alles Gute für die Zukunft.

Der Rat verabschiedet N. Sabathy mit einem Applaus.

Ratspräsidentin Y. Beutler verabschiedet R. Wirth (SP), Fraktionspräsident der SP. Er ist seit dem 8. August 2007 Mitglied des Gemeinderates. Seit dem 19. November 2007 ist er Mitglied der Sachkommission Bau und Betriebe und Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK). Die Ratspräsidentin wünscht R. Wirth alles Gute.

Der Rat verabschiedet R. Wirth mit einem Applaus.

Ratspräsidentin Y. Beutler verabschiedet S. Stöckli (GLP). Sie ist seit dem 15. Mai 2006 im Rat und seit dem 10. Juli 2006 Mitglied der stadträtlichen Kommission zur Förderung des öffentlichen Verkehrs. Die Ratspräsidentin dankt S. Stöckli für ihren Einsatz für Winterthur. Das Geschenk, ein Stück Holz aus dem Winterthurer Wald, wird ihr später geliefert.

Der Rat verabschiedet S. Stöckli mit einem Applaus.

Ratspräsidentin Y. Beutler verabschiedet P. Dennler (SP). Sie ist seit dem 20. April 2005 im Rat. Sie war vom 23. Mai 2005 bis 15. Mai 2006 Mitglied der Sachkommission Stadtentwicklung, vom 15. Mai 2006 bis 9. Mai 2010 Mitglied der Bürgerrechtskommission und vom 10. Juli 2006 bis 9. Mai 2010 Mitglied der stadträtlichen Kommission zur Förderung des öffentlichen Verkehrs. P. Dennler hat Farbe in den Rat gebracht, dafür dankt ihr die Ratspräsidentin.

Der Rat verabschiedet P. Dennler mit einem Applaus.

Ratspräsidentin Y. Beutler verabschiedet J. Heusser (FDP). Er ist seit dem 1. Januar 2001 Mitglied des Parlamentes. Vom 13. Mai 2002 bis 28. Februar 2005 und vom 15. Mai 2006 bis 4. September 2006 war er Mitglied der Bürgerrechtskommission, seit dem 8. September 2003 Mitglied des Stiftungsrates der Arnold Schenkel-Stiftung, vom 28. Februar 2005 bis 15. Mai 2006 Mitglied der Sachkommission Hochbau, vom 4. September 2006 bis 9. Mai 2010

Präsident der Sachkommission Bau und Betriebe und er war Stimmzähler im Rat. Zu Beginn der Ratstätigkeit hatten J. Heusser und die Ratspräsidentin das Heu nicht immer auf der gleichen Bühne. Aber im Laufe der Zeit sind sie aufeinander zugegangen. Die Ratspräsidentin wünscht J. Heusser alles Gute.

Der Rat verabschiedet J. Heusser mit einem Applaus.

Ratspräsidentin Y. Beutler verabschiedet M. Ott (SP). Am 4. Mai 1998 ist sie ins Parlament gewählt worden. Sie war vom 4. Mai 1998 bis 11. Dezember 2010 Mitglied der Planungskommission, vom 25. September 2000 bis 13. Mai 2002 Mitglied der Geschäftsprüfungskommission, vom 13. Mai 2002 bis 9. September 2002 Präsidentin der Geschäftsprüfungskommission, vom 9. September 2002 bis 24. Januar 2005 Präsidentin der Sachkommission Hochbau, vom 12. Mai bis 23. Mai 2005 Mitglied der erweiterten Ratsleitung, vom 23. Mai 2005 bis 15. Mai 2006 Präsidentin der erweiterten Ratsleitung, vom 15. Mai bis 9. Mai 2010 Mitglied der Sachkommission Soziales und Sicherheit, im Amtsjahr 2003/2004 2. Vizepräsidentin, im Amtsjahr 2004/2005 1. Vizepräsidentin und im Amtsjahr 2005/2006 Präsidentin des Grossen Gemeinderates. M. Ott hatte einen starken Einfluss im Rat und in der Fraktion. Ratspräsidentin Y. Beutler bedauert ihren Rücktritt. Sie wünscht ihr alles Gute.

Der Rat verabschiedet M. Ott mit einem Applaus.

M. Ott (SP) dankt für die Verabschiedung. Sie hofft, dass sie mit allen Ratsmitgliedern noch anstossen kann.

Ratspräsidentin Y. Beutler verabschiedet D. Hauser (SP). Er ist seit dem 16. Mai 1994 Mitglied des Parlaments. Vom 4. Mai 1998 bis 14. Mai 2001 und vom 13. Mai 2002 bis 9. September 2002 war er Mitglied der Rechnungsprüfungskommission. Vom 9. September 2002 bis 18. April 2005 Mitglied der Aufsichtskommission, vom Januar 2001 bis Mai 2009 war er Fraktionspräsident der SP und vom Januar 2001 bis Mai 2009 Präsident der Interfraktionellen Kommission. Er hat sich mit seinen Voten im Rat Raum und Gehör verschafft. Ratspräsidentin Y. Beutler wird ihn persönlich sehr vermissen und wünscht ihm alles Gute.

Der Rat verabschiedet D. Hauser mit einem Applaus.

D. Hauser (SP) freut sich ebenfalls darauf noch mit den Kolleginnen und Kollegen aus dem Rat anzustossen.

Ratspräsidentin Y. Beutler verabschiedet St. Fritschi (FDP) – obwohl es nicht wirklich ein Abschied ist, weil er in den Stadtrat gewählt worden ist. St. Fritschi ist seit dem 1. Juli 1999 im Rat. Er war vom 30. August 1999 bis 25. September 2000 Mitglied der Bürgerrechtskommission, vom 25. September 2000 bis 9. September 2002 Mitglied der Rechnungsprüfungskommission, vom 9. September 2002 bis 15. Mai 2006 Mitglied der Aufsichtskommission, vom 12. Mai 2003 bis 30. August 2004 Mitglied der Sachkommission Tiefbau, Umwelt, Verkehr, Ent- und Versorgung und er hat vom Mai 2006 bis Mai 2010 die FDP-Fraktion präsiert. Er war zudem vom 26. August 2002 bis 30. Juni 2004 Mitglied der stadträtlichen Informatikkommission und vom 10. Juli 2006 bis 9. Mai 2010 Mitglied der stadträtlichen Kommission zur Förderung des öffentlichen Verkehrs. Ratspräsidentin Y. Beutler gratuliert St. Fritschi zur Wahl in den Stadtrat und dankt ihm für seinen Einsatz als Gemeinderat. Sie freut sich, dass er der Stadtpolitik erhalten bleibt.

Der Rat verabschiedet St. Fritschi als Gemeinderat und gratuliert ihm zur Wahl in den Stadtrat mit einem Applaus.

Ratspräsidentin Y. Beutler verabschiedet R. Werren aus dem Rat. Sie kann sich kaum vorstellen, wie es sein wird, wenn R. Werren nicht mehr im Rat ist. R. Werren ist seit dem 29. April 1987 im Gemeinderat. Sie war vom 11. Mai bis 10. Juli 1989 Mitglied der Spezialkommission „Gemeindeorganisation“, vom 11. Mai 1987 bis 7. Mai 1990 Mitglied der Bürgerrechtskommission, vom 7. Mai 1990 bis 15. Mai 1995 Mitglied der Rechnungsprüfungskommission, vom 4. Mai 1998 bis 9. September 2002 Mitglied der Planungskommission, vom 9. September 2002 bis 9. Mai 2010 Mitglied der Aufsichtskommission, vom 26. August 2002 bis 9. Mai 2010 Mitglied der stadträtlichen Theaterkommission, im Amtsjahr 1993/1994 war sie 2. Vizepräsidentin, im Amtsjahr 1994/1995 1. Vizepräsidentin, im Amtsjahr 1995 / 1996 Präsidentin des Grossen Gemeinderates. Über R. Werren konnte man sich oft aufregen. Man konnte das Gefühl bekommen der Klassenkampf gehe weiter. Aber mit ihr konnte man auch sehr herzlich lachen und sich über ein gelungenes Projekt freuen. Ihr unglaubliches Engagement und ihre Hartnäckigkeit sind bewundernswert. Genau so wird Ratspräsidentin Y. Beutler R. Werren in Erinnerung behalten, nämlich als eine Frau mit einem sehr grossen Herzen für Gross und Klein. R. Werren wird eine grosse Lücke im Rat hinterlassen. Ratspräsidentin Y. Beutler hat erfahren, dass R. Werren den Wegweiser zu den Wölfen vermisst. Heute hat sie zu diesem Thema eine Dringliche Interpellation eingereicht. Diese hat sich allenfalls erübrigt. Y. Beutler überreicht R. Werren den ersten Wegweiser zu den Wölfen. Sie dankt R. Werren und wünscht ihr alles Gute.

Der Rat verabschiedet R. Werren mit einem Applaus.

R. Werren (FDP): 23 Jahre im Rat – es war eine gute Zeit, für die R. Werren dankbar ist. Sie bittet die Ratsmitglieder zu den städtischen Finanzen Sorge zu tragen und den Wildpark nicht zu vergessen. R. Werren wird die Kolleginnen und Kollegen im Rat vermissen.

R. Isler (SVP): Es ist nicht üblich nach einer Verabschiedung das Wort zu ergreifen. R. Isler will aber im Namen der SVP-Fraktion R. Werren für ihre hervorragende Arbeit herzlich danken. Für viele in diesem Rat hat sie eine Vorbildfunktion übernommen und war eine verlässliche Partnerin. Wenn man sie in den Debatten erlebt hat, dann hat man gewusst, hier steht eine Frau mit einem Rückgrat wie eine Betonsäule. Man kann es sich kaum vorstellen, dass R. Werren zurücktritt. Der Rücktritt ist bedauerlich, ist R. Werren doch der Inbegriff des Winterthurer Freisinns wie er leibt und lebt. R. Isler dankt R. Werren für ihre Arbeit und überreicht ihr ein Präsent.

Ratspräsidentin Y. Beutler dankt D. Hauser, J. Heusser, M. Ott und R. Werren für die Einladung zum Apéro.

Ratspräsidentin Y. Beutler: In einer Woche gehen die wohl schnellsten 365 Tage in meinem Leben zu Ende. Ein unglaublich intensives, erlebnisreiches, buntes, zuweilen auch sehr strenges Jahr ist damit vorüber. Ich bin in mein Präsidium mit einem Zitat von John Donne gestartet: „No man is an island“. Niemand ist eine Insel. Jeder Mensch soll ein Stück des Kontinents, ein Teil des Festlands sein. Es war deshalb mein Anliegen, als Gemeinderatspräsidentin die möglichen Inseln unserer Stadt zu besuchen und diese – vielleicht, wenn nötig – dem Festland etwas näher zu bringen. Es wurden insgesamt rund 150 solcher Insel-Besuche – ich war bei Spatenstichen und Einweihungen dabei, mit Stadtpräsident Ernst Wohlwend am Trachtenfest, ich habe bei den Schützen scharf geschossen, beim EHCW-Sponsorenlauf Kopf und Kragen riskiert. Wir waren an der Jungbürgerfeier, ich durfte die „Winterthurer“-Gondel am Albanifest einweihen und mit einem Glas Weisswein in der Hand vom Riesenrad aus den Sonnenuntergang über der wunderschönen, solardachfreien Altstadt geniessen, ich war mit Reto tanzen. Ich habe mir am Computer das Jassen beigebracht und beim ZKB Jassturnier doch immerhin Platz 19 von 28 belegt, mit dem Sänger Camen und Toni Schneider über Winti-Würste philosophiert, insgesamt fünf militärische Anlässe besucht und dadurch eine ganz neue Achtung vor dieser Institution erhalten. Ich durfte die Medaillen an der Schweizermeisterschaft im Basketball der Special Olympics überreichen, wir begaben uns auf die Büroreise ins Tessin, wo Rolando genötigt wurde, eine Scha-

le ziemlich bitteren Grüntee in Ruhe und Sanftheit irgendwie runterzukriegen. Ich habe das Hammenschmaus-Wettessen gegen Stadtrat M. Künzle nur ganz knapp verloren und danach wochenlang die Fasnacht genossen. Ich hielt Reden bei der Feier des Gleichstellungsbüros, beim Fussballturnier der Strassenbauer, bei den Meisterschaften serbischer Volkskultur, bei den Dorfet-Eröffnungen, an den Schweizermeisterschaften der Rettungsschwimmer und und und.

Ich bin tief beeindruckt von der unglaublichen Vielfalt in unserer Stadt und vom grossen ehrenamtlichen Engagement der Winterthurerinnen und Winterthurer. Und was mich dabei am meisten gefreut hat: Die Inseln sind bereits sehr gut untereinander verbunden. Das Zusammenleben in dieser Stadt funktioniert, man schaut über den eigenen Tellerrand hinaus und ist füreinander da. Und sollte es mir gelungen sein, die eine oder andere Brücke zur Politik zu schlagen, würde mich das sehr freuen. Nur etwas hat mich nachdenklich gestimmt - nämlich die Feststellung: „It's still a mens world“. An den meisten besuchten Veranstaltungen, gerade wenn die Wirtschaft eingeladen hat, hatten Frauen absoluten Seltenheitswert. Das hatte zwar einen Vorteil – nie Schlange stehen vor dem Frauen WC – zeigt jedoch, dass es noch einiges zu tun gibt auf dem Weg zu einer Welt, an der Frauen und Männer völlig gleichberechtigt teilhaben.

In meiner Antrittsrede habe ich ebenfalls den Wunsch geäussert, dass wir hier in diesem Rat das Inseldasein aufgeben und uns über die Parteigrenzen hinaus am Verbindenden, nicht am Trennenden orientieren. Zumindest in einem Fall scheint mir das gelungen zu sein. Ich komme zur Statistik des Amtjahres: Wir haben in bislang 23 Sitzungen insgesamt 41 Sachgeschäfte und 78 Vorstösse beraten, daneben 13 Wahlen, 2 Fragestunden und eine kollektive persönliche Erklärung durchgeführt. Ich hatte sogar – die Krönung des Amtsjahres - einen Stichentscheid zu fällen, allerdings habe ich vergessen, welche wichtige Weiche ich dabei gestellt habe. Insgesamt ergibt dies einen Schnitt von 5,83 erledigten Geschäften pro Sitzung und das ist – das darf ich mit etwas Stolz verkünden – das beste Resultat seit der Martin Stauberschen Zeitrechnung im Jahr 99/2000. Was mir persönlich aber noch fast wichtiger ist, als dass wir viel gearbeitet haben: Ich kann mich an keine Sitzung erinnern, an welcher wir nicht auch zusammen gelacht haben. Wir hatten – trotz Wahlen – einen guten, freundschaftlichen Umgang miteinander, sodass ich mich nur selten etwas räuspern musste, wofür ich dem Rat herzlich danken möchte.

Was bleibt von diesem Jahr? Etwas Speck an den Hüften und ein glückliches Herz, voll schöner Erlebnisse, Begegnungen, Gespräche, Erinnerungen an lustige Apéros, gemeinsames Lachen und Staunen. Die Überzeugung, während einem Jahr die Präsidentin des besten Parlamentes in der tollsten kleinen Grosstadt dieses Landes gewesen zu sein. Danke, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass ihr mir dieses Jahr ermöglicht habt, danke auch für eure wohlwollende Begleitung. Danke meinen beiden Vizepräsidentinnen, ganz besonders dir, Ursula, dass du die Rednerinnen und Rednerliste geführt hast und dabei darauf geachtet hast, dass wirklich niemand zu kurz gekommen ist. Danke auch an die guten Geister der Stadtkanzlei, danke, lieber Marc, lieber Jürg, danke Romano, Thuri, Walter, Bruno und Katharina. Das allergrösste Dankeschön gebührt jedoch meiner wunderbaren Familie, ohne die das alles nicht möglich gewesen wäre. Danke dir, Reto, für deinen Grosseinsatz, danke euch, liebe Eltern für eure unermessliche Hilfsbereitschaft. Ich freue mich nun darauf, als Fraktionspräsidentin wieder in den Rat zurückzukehren, wieder mitdiskutieren und mitstreiten zu können und vor allem freue ich mich auch darauf wieder mehr Zeit mit meiner Familie zu verbringen oder einfach die Füsse baumeln zu lassen.

Der Rat applaudiert der abtretenden Ratspräsidentin Y. Beutler.

Stadtpräsident E. Wohlwend bedankt sich bei allen abtretenden Mitgliedern des Gemeinderats ganz herzlich für die zumeist konstruktive Zusammenarbeit. In Winterthur herrscht ein guter politischer Konsens. Es wird gestritten, unter Wahrung der gegenseitigen Achtung. Nach einer Auseinandersetzung kann man sich noch immer in die Augen schauen. Dazu haben auch die abtretenden Ratsmitglieder beigetragen. Dafür ist Stadtpräsident E. Wohlwend ausserordentlich dankbar. Im Rat herrscht eine ausserordentlich gute politische Kultur. Das ist letztlich auch der Erfolg dieser Stadt. Der Stadtpräsident bedankt sich auch bei der Ratspräsidentin Y. Beutler im Namen des Stadtrates für die umsichtige und speditive Rats-

leitung. Der Stadtrat hat manchmal mit Vergnügen die scharfzüngigen Kommentare mitverfolgt und diese teilweise teilen können. Stadtpräsident E. Wohlwend wird die spannenden Gespräche vermissen, die er geführt hat, wenn er zusammen mit Ratspräsidentin Y. Beutler die Stadt repräsentieren durfte. Er bedankt sich dafür, dass die Ratspräsidentin ihn nie im Regen stehen liess. Aber nicht nur der Stadtpräsident wird Ratspräsidentin Y. Beutler vermissen auch die beiden Gratisanzeiger werden sich ein neues Sujet suchen müssen. Stadtpräsident E. Wohlwend dankt im Namen des Stadtrates Ratspräsidentin Y. Beutler ganz herzlich für die gute Ratsleitung und überreicht ihr ein Geschenk und einen Blumenstrauss. Er wünscht ihr alles Gute auch als Fraktionspräsidentin.

Der Rat applaudiert.

Ratspräsidentin Y. Beutler hat den Rat jetzt ein Jahr präsiert. Sie hat Stadtpräsident E. Wohlwend an den meisten Anlässen getroffen. Deshalb hat sie eine grosse Hochachtung vor seinem Einsatz als Stadtpräsident für diese Stadt.

Diejenigen, die sich noch nicht für den Schlussanlass angemeldet haben, sollten das jetzt nachholen und sich bei J. Bachmann melden.

Fraktionserklärungen

Abstellen von Gegenständen an den Strassenrand

L. Banholzer (EVP/EDU/GLP): Am Samstag 24. April wurde im Landboten in einem umfangreichen Artikel über das Verbot berichtet, gebrauchte Möbel und andere Gegenstände zum Mitnehmen an den Strassenrand zu stellen. Die Mitglieder der EVP/EDU/GLP-Fraktion und wahrscheinlich auch der Grossteil der Bevölkerung wussten nicht, dass das grundsätzlich verboten sein soll und sie verstehen dieses Verbot nicht. In einer Überflusgesellschaft ist es sinnvoll, wenn Leute Dinge, die sie nicht mehr brauchen oder ihnen nicht mehr gefallen andern gratis weitergeben. Oft wurden Gegenstände vor dem Haus deponiert, welche prompt von Passanten mitgenommen wurden. Das funktioniert mit Sachen, die noch eindeutig gebrauchsfähig sind. Dinge, die nicht wegkommen, werden dann halt vor der nächsten Kehrreisetour mit Abfallmarken versehen.

Es ist klar, dass nicht nur Gebrauchsfähiges an den Strassenrand gestellt wird und dass das Abstellen auf der Strasse auch zur Gratisentsorgung missbraucht werden kann. Trotzdem wünscht sich die EVP/EDU/GLP-Fraktion, dass diese Regelung nicht allzu restriktiv gehandhabt wird. Als Kompromiss könnte man zum Beispiel vorschreiben, dass die Gegenstände mit Namen, Adresse und Datum beschriftet werden müssen und jeweils nur eine beschränkte Zeit stehen gelassen werden dürfen. Weil L. Banholzer aber niemanden kennt, der eine Busse für das Herausstellen von Gegenständen an den Strassenrand erhalten hat, geht sie davon aus, dass das Verbot bisher nicht sehr streng kontrolliert wurde und die Polizei ein Auge zugeedrückt hat. Trotz dieses Warnschusses an die Bevölkerung durch den Artikel im Landboten erwartet die EVP/EDU/GLP-Fraktion, dass die Polizei diese sinnvolle Praxis weiterhin duldet und nur bei eindeutig missbräuchlicher Kehrreisetablagerung einschreitet.

Grossbildschirm

J. Altwegg (Grüne/AL): Eher untypisch für die Grüne/AL-Fraktion meldet sie sich im Zusammenhang mit einem Artikel im Landboten zu Wort, der sich mit Grossstadtfair befasst hat. Informelle Gespräche anlässlich der Eröffnung der ersten Etappe Masterplan Bahnhof haben gezeigt, dass der geplante Grossbildschirm zu Kritik Anlass gibt. Auch die Grüne/AL-Fraktion weiss, ein Grossbildschirm verbraucht viel Strom und verschmutzt die Winterthurer Nacht mit Licht. Aber, das ist nicht der Grund, warum der Bildschirm nicht bewilligt worden ist. Es geht um die Ziegelsteinfassade. Der Denkmalschutz ist der Meinung, dass ein Bildschirm nicht bewilligt werden kann. Offenbar sind langweilige Plakate, die an dieser Fassade aufgehängt werden, in Ordnung. Ein Grossbildschirm aber soll die Fassade verschandeln. Dabei wird die Fassade keineswegs zerstört, man kann die Installation entfernen. Win-

terthur hat eine Chance verpasst ein innovatives Zeichen zu setzen. Die Allgemeine Plakatgesellschaft hat angeboten, lokale Künstler einzubeziehen. Das wäre ein echter Hingucker gewesen mit Ausstrahlung. Zum Thema Lichtverschmutzung: In diesem Gebiet sind viele Beleuchtungen vorhanden. Eine grosse Mehrbelastung wäre deshalb nicht zu befürchten. Man könnte zudem die Betreiber dazu verpflichten Ökostrom von Stadtwerk zu beziehen. Die Grüne/AL-Fraktion würde sich wünschen, dass dieser Entscheid allenfalls erneut überprüft wird und dass etwas Grosstadtflair nach Winterthur gebracht werden kann.

Stadtrat W. Bossert ist sehr froh, dass er sich zu diesem Thema äussern kann. Der Bauausschuss hat sich intensiv mit dieser Frage auseinandergesetzt. In Zürich wurden verschiedene Bildschirme angeschaut, die mehr oder weniger gut funktionieren. Der Stadtrat hat sich grundsätzliche Fragen gestellt. 1. Soll die Stadt überhaupt im öffentlichen Raum bewegte Lichtwerbung zulassen? Bislang war das in Winterthur noch nicht üblich. Diese Art Werbung beinhaltet ein gewisses Mass an Unruhe und Ablenkung. 2. Wer kontrolliert die Inhalte? Es klingt sehr schön, wenn gesagt wird, die Stadt könne Vorschriften machen. Die Einhaltung der Vorschriften muss aber kontrolliert werden. 3. Wie hoch ist der Energieverbrauch? Welchen Verbrauch soll die Stadt zulassen? Auch wenn Ökostrom bezogen wird, es bedeutet eine Erhöhung des Stromverbrauchs. 4. Wer ist verantwortlich für die Inhalte? Grundsätzlich muss man davon ausgehen, dass es sich um eine riesige kommerzielle Werbefläche handelt, die eine ganze Fensterfront abdeckt. Wenn keine Werbung läuft, weil zu wenig Leute soviel Geld ausgeben können, haben sich die Promoter einverstanden erklärt, kulturelle Beiträge zu projizieren. Die Gefahr besteht aber, dass nicht immer Inhalte vorhanden sind, dann sieht ein Grossbildschirm nicht sehr gut aus. Man würde eine Fläche von 18 mal 9 Meter abdecken. Es handelt sich dabei nicht um Werbung für das Kesselhaus, sondern um rein kommerzielle Werbung, mit der man auch sonst zur Genüge eingedeckt wird. Ganz am Rande hat es eine Rolle gespielt, dass es sich um eine denkmalgeschützte Fassade handelt, die mit einem grossen Aufwand wieder hergestellt wird. Man würde einen grossen Teil dieser Fassade wieder zudecken. Damit würde nicht nur das Präjudiz geschaffen, diese Art von Werbung in Winterthur zuzulassen, sondern auch das Präjudiz, dass man an einem Schutzobjekt diesen Eingriff zulässt. Nach Abwägung aller Punkte, hat der Bauausschuss entschieden, dass an diesem Objekt und in dieser Grösse ein Grossbildschirm nicht bewilligt werden kann.

Neubau des Polizeigebäudes

Ch. Kern (SVP): Die SVP-Fraktion hat mit wenig Erstaunen Kenntnis genommen, dass der Stadtrat den Neubau des Polizeigebäudes auf die lange Bank schiebt. Dieses Vorgehen kann die SVP-Fraktion aber weder nachvollziehen noch akzeptieren. Mit dem Budget 2010 wurde sowohl dem Parlament als auch dem Steuerzahler versprochen, die Planung des neuen Polizeigebäudes anzugehen. Nach den Wahlen wurde dieses Vorhaben umgehend wieder fallen gelassen. H. Iseli würde wohl an dieser Stelle sagen, er fühlt sich verarscht. Die SVP unterlässt das, weil dieses Vorgehen wenig erstaunt. Sie ging von Anfang an davon aus, dass es sich hier um ein Lippenbekenntnis handelt, um die politischen Befürworter eines neuen Polizeigebäudes vor den Wahlen ruhig zu stellen. Mit dem Kauf der Badgasse war wohl allen klar, dass es mittelfristig keinen Neubau für die Polizei geben wird. Winterthur soll ja gemäss Milchbüchleinrechnung die sicherste Stadt sein, was den Stadtrat in seinem Tun noch bestärkt. Zu dieser Problematik wird die SVP noch aktiv werden. Der Bau von Schulhäusern und die Sanierung des Alterszentrums Adlergarten dürfen nicht gegen den Bau des neuen Polizeigebäudes ausgespielt werden. Es gibt andere Vorhaben, welche unnötigerweise umgesetzt wurden. Ch. Kern spricht vom Kauf der Halle 710, die immer noch konzeptlos ist und ebenso vom Zusammenkauf von verschiedenen Liegenschaften. Auch da wartet die SVP auf ein Immobilienkonzept der Stadt Winterthur. Die Stadtpolizei Winterthur leistet gute Arbeit, aber mit dem Wachstum der Stadt entstehen neue Problemfelder und das braucht mehr Personal und die nötige Infrastruktur. Die SVP ist dezidiert anderer Meinung als die CVP, welche die Finanzen vor die Sicherheit stellt und erwartet, dass der Stadtrat den Entscheid nochmals überdenkt. Der sorgfältige Umgang mit Steuergeldern liegt der SVP sehr am Herzen. Mit den vorhandenen Ressourcen könnte aber mehr erreicht werden. Die SVP erwartet endlich vom Stadtrat eine transparente Liegenschaftspolitik und eine

konkrete Investitionsplanung – nicht einfach eine Auflistung der anstehenden und erwünschten Investitionen. Des Weiteren werden künftig vollumfängliche Informationen bezüglich Kauf- und Verkaufspreise von Liegenschaften- und Landkäufen und Verkäufe erwartet, die der Stadtrat tätigt.

Persönliche Erklärungen

Benutzung der Internetplattform Facebook innerhalb der Stadtverwaltung

R. Keller (SVP): Im Monat März wurden innerhalb der Stadtverwaltung durch die städtischen Angestellten 577'000 Klicks auf der Internetplattform Facebook vorgenommen. Rechnet man mit 15 Sekunden pro Klick, ergibt das 300 Arbeitstage innerhalb eines Monats. Das bedeutet, dass 15 Angestellte nichts anderes tun, als sich den ganzen Tag auf der Internetplattform Facebook zu vergnügen. Der Stadtrat wird aufgefordert die Benützung der Internetplattform Facebook während der Arbeitszeit zu prüfen und unverzüglich entsprechende Massnahmen einzuleiten.

Wahlfeier von Regierungspräsident H. Hollenstein

P. Fuchs (SVP): Die Stadt Winterthur feierte die Wahl von Hans Hollenstein zum Regierungspräsidenten. Die Wahl sei eine grosse Ehre für die Stadt Winterthur. In der Freitagausgabe des Landboten wurde die Bevölkerung der Stadt Winterthur auf den Donnerstag 6. Mai 2010 um 16.45 Uhr zum Apéro ins Theaterfoyer eingeladen. Wenn die Stadt Winterthur zu Ehren des Regierungspräsidenten H. Hollenstein der Bevölkerung einen Apéro serviert, freut das P. Fuchs und er findet das auch richtig. Einer Medienmitteilung aus dem Stadthaus konnte man entnehmen, dass für geladene Gäste ab 18.30 im Kasinotheater ein Bankett stattfinden wird. Dieser Satz hat P. Fuchs hellhörig gemacht. Er hat sich geärgert, als er erfahren hat, dass dieses Bankett aus der Stadtkasse bezahlt wird. In diesem Saal wurde oft über kleinere Beträge, als die Kosten für dieses Bankett, lange gestritten. Es ist nicht einzu- sehen, warum die Steuerzahler für solche Begehrlichkeiten aufkommen sollten – vor allem nicht, wenn man an die finanzielle Lage der Stadt Winterthur denkt. Wie gross ist die Zahl der Sozialhilfeempfänger in der Stadt? Zu viele hart arbeitende Mitbewohner dieser Stadt haben grosse Mühe für den Lebensunterhalt und die Steuern aufzukommen. Für diese Menschen muss es wie ein Schlag ins Gesicht anmuten, wenn sie lesen, wie ihre mühsam erarbeiteten Steuergelder verprasst werden. Unmut und sozialer Unfriede können die Folge sein. Dabei darf man nicht vergessen, dass viele Betroffene stimm- und wahlberechtigt sind. Beim Umgang mit Steuergeldern erwartet P. Fuchs vom Stadtrat in Zukunft mehr Verantwortungsbewusstsein und Fingerspitzengefühl.

Regierungspräsident H. Hollenstein war lange Jahre Stadtrat von Winterthur. Seit bald 5 Jahren ist er Mitglied der Zürcher Kantonsregierung. Alle kennen die Besoldung der Regierungs- und Stadträte. Da kommt eine grosse Summe zusammen. Die geladenen Gäste sind Nationalräte, Regierungsräte, Kantonsräte und die sogenannte Prominenz von Winterthur. Es sind keine Sozialhilfeempfänger und sie sind nicht auf ein kostenloses Nachtessen angewiesen. Das Vorgehen des Stadtrates kann P. Fuchs deshalb nicht gutheissen. Es ist nicht zwingend notwendig, dass die links/grüne Stadtregierung dem geschmacklosen Tun einer abtretenden bürgerlichen Regierungsrätin nacheifert. Um den Regierungspräsidenten zu Ehren gäbe es vernünftiger Möglichkeiten. In Winterthur könnte ein Strasse oder ein Platz den Namen des zu Ehrenden tragen. Die Wertschätzung wäre grösser. Eine Ehrung muss nicht zwingend postum erfolgen.

Abfindung der Milizbehörden

D. Hauser (SP): Der Stadtrat hat den Vorstoss betreffend Abfindung der Milizbehörden beantwortet, den D. Hauser eingereicht hat. Leider sieht der Stadtrat keinen Handlungsbedarf. In Zukunft stehen vielleicht die Schulbehörden, die Vormundschaftsbehörden oder auch die Kreisschulpflegen zur Debatte. D. Hauser hält fest, dass zur Mitgliedschaft zu einer Milizbehörde auch ein gewisses Mass an Gemeinsinn gehört. Die Ansprüche nach einer Abfindung verschiedener Winterthurer Bezirksschulpfleger, die auch den Vorstoss ins Rollen gebracht haben, sind höchst anstössig. Es ist schade, dass der Stadtrat den Steilpass nicht aufge-

nommen und eine Rechtsgrundlage schafft, die solche Forderungen verhindert. D. Hauser wünscht dem Stadtrat viel Glück in der Politik und im Umgang mit Ansprüchen von Behördenmitgliedern.

Stadtpräsident E. Wohlwend: Der Stadtrat wird diesen Ball nochmals aufnehmen.

Dringliche Interpellationen

Interpellation betreffend Orientierungs-Leitsystem im Wildpark Bruderhaus (GGR-Nr. 2010/033)

R. Werren (FDP): Die Dringlichkeit liegt darin, dass R. Werren heute zum letzten Mal im Rat ist und gerne eine Antwort hätte. 2010 ist das Jahr der Biodiversität. Das bedeutet auch Artenerhaltung. Täglich sterben Tier- und Pflanzenarten aus. Artenerhaltung betreibt die Stadt Winterthur im Wildpark bereits seit langem. Mit den drei Tierarten Przewalski Pferde, Wisent und Sika-Hirschen. Mit der Auslieferung von Przewalski Pferden und Wisenten hat der Wildpark dazu beigetragen, dass diese Arten erhalten bleiben. Dafür ist R. Werren sehr dankbar. Das allein sind gute Gründe für eine effiziente Beschilderung des Wildparks. Der Stadtpräsident hat an der letzten Sitzung der Aufsichtskommission ein Projekt zur besseren Orientierung in der Stadt vorgestellt. Spontan kam R. Werren die Idee, dass das Stehlensystem auch für den Wildpark angebracht wäre. Viele Leute beklagen, dass zum Beispiel das Wolfgehege schwer zu finden ist. Dieses Konzept würde auch im Wildpark einen sehr guten Eindruck hinterlassen. Es ist eine gute Sache. Aus diesen Gründen bittet R. Werren die Ratsmitglieder, die Dringlichkeit zu unterstützen.

Ratspräsidentin Y. Beutler: Für die Dringlichkeit ist die Mehrheit der Anwesenden notwendig. Es sind 56 Ratsmitglieder anwesend.

Der Rat stimmt der Dringlichkeit mit grosser Mehrheit zu.

Stadtrat M. Gfeller: Die Forstbetriebe haben einen ersten Prototypen eines Schildes erstellt. Der Stadtrat stellt sich vor, dass in den Wald rund um das Bruderhaus am besten hölzerne Wegweiser passen. Es ist zudem kinderfreundlich, wenn Bilder der entsprechenden Tierart auf dem Schild angebracht werden. Aus diesem Grund wird der Stadtrat nicht das Stehlensystem übernehmen, sondern eine Beschilderung ins Auge fassen, die zum Bruderhaus passt. Es ist zudem davon auszugehen, dass diese Schilder kostengünstig produziert werden können. Deshalb ist es sekundär, ob die Kosten ins geplante Stehlensystem eingebaut werden können. Es ist transparenter, wenn die Forstbetriebe die entsprechenden Kosten ausweisen. Die verschiedenen Tierarten müssen zudem gleich behandelt werden. Dazu können die entsprechenden Piktogramme gezeichnet werden, damit auch die kleinsten Kinder sehen, welche Tierarten sie erwartet. Der Stadtrat wird in diese Richtung weiterdenken. Stadtrat M. Gfeller ist überzeugt, dass die Schilder rasch und kostengünstig aufgestellt werden können.

R. Werren (FDP): Das ist zwar nicht ganz die Antwort, die R. Werren erwartet hat. Sie sieht aber ein, dass die von Stadtrat M. Gfeller vorgeschlagenen Schilder gut aussehen. Die Stehlen sind zwar moderner und könnten mit zusätzlichen Informationen versehen werden. Der Wildpark hat die gleiche Bedeutung wie die anderen Sehenswürdigkeiten der Stadt Winterthur. R. Werren akzeptiert aber diese Antwort und ist froh, dass endlich etwas passiert.

Ratspräsidentin Y. Beutler: Damit ist die Interpellation erledigt und wird abgeschrieben.

Interpellation betreffend finanzielle Entlastung der Stadt Winterthur der Annahme der Initiative „Kinderbetreuung Ja“ (GGR-Nr. 2010/047)

O. Seitz (SP): Am 13. Juni 2010 stimmen die Zürcher Stimmberechtigten über die Initiative „Kinderbetreuung Ja“ und den Gegenvorschlag des Kantonsrates ab. In wenigen Tagen werden somit die Stimmcouverts in die Haushaltungen verschickt. Die Abstimmung hat grosse finanzielle Auswirkungen auf die Stadt Winterthur. In Bezug auf den Finanzausgleich setzen sich der Stadtrat wie auch viele weitere politische Vertreter und Vertreterinnen der Stadt Winterthur für die finanziellen Interessen der Stadt Winterthur ein. Am 13. Juni 2010 liegen zwei konkrete Abstimmungsvarianten vor, die sich hauptsächlich darin unterscheiden, dass bei einer Annahme der Initiative der Kanton mitfinanziert, bei einer Annahme des Gegenvorschlags stiehlt er sich aber aus der finanziellen Verantwortung. Es ist deshalb wichtig, dass die Winterthurer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger vor Erhalt der Abstimmungsunterlagen erfahren, welche Auswirkungen die beiden Abstimmungsvarianten auf die Stadt Winterthur haben. O. Seitz bittet die Ratsmitglieder deshalb, der Dringlichkeit zuzustimmen.

Ratspräsidentin Y. Beutler: Lässt über die Dringlichkeit der Interpellation abstimmen.

Der Rat stimmt der Dringlichkeit mehrheitlich zu.

Stadträtin P. Pedergnana: In der Antwort zu Frage 1 wird sich die Stadträtin mit dem Bedarf an Kinderbetreuung befassen. Dabei wird unterschieden zwischen familienergänzender Betreuung, vom Säuglingsalter bis zum Eintritt in den Kindergarten und schulergänzender Kinderbetreuung. In der Antwort auf die Frage 2 wird die Stadträtin auf die Finanzierung eingehen. Bei Annahme der Initiative „Kinderbetreuung JA“ müsste die Stadt Winterthur zusammen mit dem Kanton den Bedarf an familienergänzenden Betreuungsmöglichkeiten feststellen. Bisher geschah das in Winterthur nur bei der schulergänzenden Betreuung, abgestützt auf das neue Volksschulgesetz. In der Betreuung der Kinder im Vorschulalter ist der Bedarf aufgrund der Warteliste für die familienergänzende Betreuung bekannt, eine Bedarfserhebung wurde noch nie durchgeführt. Ob sich aufgrund einer Bedarfserhebung eine Änderung ergeben würde, ist nicht vorherzusagen.

Gegenvorschlag: Auch hier ist nicht ganz klar, ob sich etwas am Bedarf ändern würde. Grundsätzlich hat Winterthur den Beschluss des Gemeinderates umzusetzen. Der Gemeinderat hat am 18. Januar 2010 folgendes beschlossen: Sie (die Stadt Winterthur) gewährleistet in Zusammenarbeit mit privaten Trägerschaften ein der ausgewiesenen Nachfrage entsprechendes und qualitativ gutes, breit gefächertes Angebot an familienergänzender Betreuung für alle Altersstufen bis Ende Schulpflicht. Die Stadt Winterthur unterstützt die von ihr anerkannten Einrichtungen mit leistungsorientierten Subventionen gemäss Art. 10 ff. der Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung der Stadt Winterthur. Spätestens mit dem Voranschlag 2012 wird der Bedarf an subventionierten Plätzen und an subventionierten Betreuungsstunden für Kinder in Tagesfamilien gedeckt. Allerdings hat der Gemeinderat explizit festgehalten, dass kein Rechtsanspruch auf die familienergänzende Betreuung besteht. Ob sich aus dem Gegenvorschlag zur kantonalen Initiative ein Rechtsanspruch ableiten liesse, ist zurzeit nicht klar. Weder die Initiative noch der Gegenvorschlag wird in Winterthur wesentliche Veränderungen bringen, weil die Stadt in Bezug auf die Bedarfsabklärung weiter ist als andere Gemeinden.

In welchem Umfang würde die Stadt Winterthur bei Annahme der Initiative „Kinderbetreuung Ja“ finanziell durch den Kanton entlastet? Im Bereich der Volksschule muss aufgrund des neuen Volksschulgesetzes eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung angeboten werden. Der Kanton macht sehr viele kostenwirksame Vorgaben, beteiligt sich aber nicht an der Finanzierung. Das ist äusserst ärgerlich. Bei Annahme der Initiative „Kinderbetreuung Ja“ müsste sich der Kanton sowohl an der Finanzierung der familienergänzenden Betreuung im Vorschulalter (Krippen/Kitas) als auch an der schulergänzenden Betreuung (ehemals Horte) beteiligen. Das ist für die Stadt relevant. Die Nettokosten für die familienergänzende Betreuung betragen für die Stadt Winterthur rund 5,5 Millionen diejenigen für die schulergänzende Betreuung 7,5 Millionen total rund 13 Millionen. Wie hoch die Beteiligung des Kantons sein

würde, ist weder dem neuen Gesetz noch der Abstimmungszeitung zu entnehmen. Wenn man annimmt, dass sich der Kanton im gleichen Ausmass beteiligt wie an der Lehrerbesoldung, dann kann die Stadträtin Auskunft geben. An der Lehrerbesoldung der Volksschule beteiligt sich der Kanton je nach Finanzkraft der Gemeinde. In Winterthur beträgt der Kantonsanteil aktuell 47,6 %. Würde sich der Kanton im gleichen Umfang an den Nettokosten für die familien- und schulergänzende Kinderbetreuung beteiligen, so würde dies für Winterthur einer Kostenbeteiligung von rund 6,5 Mio. Franken entsprechen. Winterthur würde also um 6,5 Mio. entlastet. Denkbar ist aber auch, dass der Kantonsrat eine geringere Kostenbeteiligung des Kantons beschliessen würde.

Wie empfiehlt der Stadtrat am 13. Juni 2010 abzustimmen? Und wie gedenkt er sich für seine Position einzusetzen? Der Stadtrat hat sich bereits in die Debatte eingebracht und hat immer wieder betont, dass der Kanton nicht nur Vorgaben machen kann, sondern sich auch an den Kosten beteiligen muss. Der Stadtrat hat aber noch nicht über eine Abstimmungsempfehlung beschlossen. Stadträtin P. Pedernana geht aber davon aus, dass der Stadtrat zu dieser für die städtischen Finanzen elementaren Vorlage Stellung beziehen wird. Er wird also darüber diskutieren, ob er den Stimmberechtigten die Annahme der Initiative „Kinderbetreuung Ja“ oder des Gegenvorschlags des Kantonsrates empfehlen wird. Würde die Initiative (und nicht der Gegenvorschlag) angenommen, wäre klar, dass sich der Kanton an den Kosten für die familien- und schulergänzende Betreuung beteiligen müsste. Der Stadtrat hat sich stets für die längst überfällige Beteiligung des Kantons an der familien- und schulergänzenden Betreuung eingesetzt. Es geht nicht an, dass der Kanton nur kostenwirksame Vorschriften erlässt und von den Mehreinnahmen durch zusätzliche Steuern profitiert, sich aber an den Kosten für die Betreuung nicht beteiligt. Studien zeigen, dass pro investierten Franken für die familienergänzende Betreuung rund drei Franken an die Volkswirtschaft zurückfliessen. Diese Aussage hält der Regierungsrat auch in der Abstimmungszeitung fest. Die Stadträtin ist gespannt, wie diese Angelegenheit weiter behandelt wird.

R. Isler (SVP): Es ist selbstverständlich, dass der Souverän kurz vor dem 13. Juni 2010 informiert werden soll. Die Stimmbürger sind nicht dumm. In der Zeitung wird zum Teil sehr fundiert über die Abstimmung informiert. Es ist die einzige kantonale Abstimmung am 13. Juni. Die Wahlunterlagen sind sehr umfangreich. Die Verhandlungen über den Finanzausgleich sind aber noch nicht abgeschlossen. Der Stadt wäre besser gedient, wenn der Stadtrat einen Kompromiss anstreben und nicht einfach die Initiative unterstützen würde, weil der Kanton dann bezahlen muss. R. Isler würde sich nicht zu weit aus dem Fenster lehnen und in Varianten denken. Es gibt zudem bis dato keine wissenschaftliche oder finanzpolitischen Studien, die die Behauptungen von Stadträtin P. Pedernana belegen würde, dass der Staat finanziell profitiert, wenn beide Eltern arbeiten. Es handelt sich lediglich um Annahmen.

M. Stauber (Grüne/AL): Es gibt klare Nachweise, dass bezüglich Steuern Mehreinnahmen resultieren und zwar für Gemeinden, Kanton und Bund. Es schreit förmlich danach, dass der Initiative zugestimmt wird. Der Kanton macht den Gemeinden strenge Vorschriften in Bezug auf die Betreuung. Das ist an sich nicht schlecht. Die Qualität der Kinderbetreuung soll hoch sein. Der Kanton bezahlt aber nichts und profitiert trotzdem. Aus der Sicht der Stadt Winterthur ist es klar, dass die Initiative angenommen werden und der Stadtrat eine entsprechende Parole herausgeben muss. Es wäre zu wünschen, dass das Zürcher Stimmvolk der Initiative zustimmt.

O. Seitz (SP): Zum Glück sind die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger nicht dumm und stützen sich auf Informationen ab. Genau die Informationen über die finanziellen Auswirkungen auf die Stadt Winterthur, nämlich dass sich die Kosten auf 6,5 Millionen belaufen können, sind für die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger wichtig, damit sie richtig entscheiden können. Zum Glück glauben sie den unabhängigen wissenschaftlichen Studien aus verschiedenen Städten.

Ratspräsidentin Y. Beutler: Mit diesen Voten ist die Interpellation erledigt und wird abgeschrieben.

Interpellation betreffend Platzmieten Winterthurer Musikfestwochen (GGR-Nr. 2010/048)

W. Badertscher (SVP): In Anbetracht der Tatsache, dass die Musikfestwoche bereits im August stattfindet, reicht die Zeit für die Beantwortung einer normalen Interpellation nicht aus. Es ist wichtig, dass der Stadtrat möglichst schnell antwortet. Die SVP-Fraktion wäre auch zufrieden, wenn der Stadtrat heute noch keine Antwort geben kann, diese aber in möglichst kurzer Zeit liefern könnte. W. Badertscher hofft, dass der Rat der Dringlichkeit zustimmt, damit möglichst schnell eine Antwort erfolgen kann. Die Ratsmitglieder sehen, worum es in dieser Interpellation geht. W. Badertscher wird die Interpellation deshalb nicht vorlesen. Das Thema ist aber brisant und dringend.

Ratspräsidentin Y. Beutler lässt über die Dringlichkeit abstimmen.

Der Rat erklärt die Interpellation mit 32 Stimmen als dringend.

Stadtrat M. Künzle: Der Fragenkatalog ist umfangreich und es sind mehrere Stellen involviert. Der Stadtrat braucht deshalb etwas Zeit und wird bei der nächsten Gelegenheit die Fragen beantworten.

1. Traktandum

Protokoll der 20. und 21. Sitzung

Ratspräsidentin Y. Beutler: Die Protokolle sind in der Stadtkanzlei zur Einsicht aufgelegt und im Internet veröffentlicht worden. Einsprachen sind keine eingegangen. Die Ratspräsidentin stellt den Antrag die Protokolle abzunehmen. Es gibt keine Einwendungen. Damit sind die Protokolle abgenommen und werden verdankt.

2. Traktandum

GGR-Nr. 2009/100: Grundlagenbeschluss für das Statistikprojekt "Siedlungstyp und Einkommenssituation"

U. Bründler (CVP): Die Grundlagen für eine zielgerichtete und nachhaltige Wohnungspolitik sollen verbessert werden mit dem Ziel, die Finanzkraft der Stadt zu erhalten und zu erhöhen. Diesen Auftrag hat die Stadtentwicklung von der stadträtlichen Kommission Stadtentwicklung erhalten. Damit dieser Auftrag ausgeführt werden kann, sollen die Zusammenhänge zwischen den Eigenschaften einer Wohnung oder eines Hauses und den darin wohnenden Personen unter Einhaltung der Anonymität statistisch ausgewertet und in einem Bericht zusammengefasst werden. Das heisst, Fakten müssen zusammengetragen werden, um diese Grundlagen zu schaffen, dazu ist eine Verknüpfung im grossen Umfang nötig, damit man sich nicht weiterhin im luftleeren Raum befindet. Zwei Beispiele: Die Bachmann Überbauungen: Was haben diese der Stadt gebracht, was haben sie bewirkt? Oder: Was ist besser, Wohneigentum oder Mietobjekte? Es geht nicht darum Politik zu machen, sondern darum bessere Grundlagen zur Hand zu haben für politische Wohnbauentscheide, welche für Wettbewerbsvorgaben wichtig sein können. Mit dem Statistikprojekt soll geprüft werden, welche spezifischen Eigenschaften eines Gebäudes oder einer Wohnung im Zusammenhang stehen mit dem Einkommen der Mieter oder Eigentümer. Dank der Auswertung kann die Stadt das Angebot vermehrt nach ihren Bedürfnissen lenken, insbesondere auf eigenen

Grundstücken oder durch Festlegung von Bedingungen für Architekturwettbewerbe im Zusammenhang mit Gestaltungsplänen.

Damit dies realisiert werden kann, ist aus Datenschutzgründen eine gesetzliche Grundlage nötig und dieses Grundlagenpapier muss dem Gemeinderat vorgelegt werden. Ein unabhängiges Rechtsgutachten und die Datenaufsichtsstelle der Stadt Winterthur stützen dieses Vorgehen. Die Daten sind mehrheitlich in bestehenden Registern vorhanden, sie müssen nur noch miteinander verknüpft werden. Die Auswertungen dürfen keine Rückschlüsse auf Namen oder Adressen zulassen. Die pseudonymisierten Daten werden anonymisiert, sobald eine Qualitätskontrolle der Daten stattgefunden hat. Ängste, dass der Datenschutz nicht eingehalten werden kann, sind unbegründet, es sind bereits jetzt alle Daten einsehbar, sie müssen für dieses Grundlagenpapier nur noch miteinander verbunden und systematisch erfasst werden. Es entsteht damit auch ein Führungsinstrument, um die Bau- und Zonenordnung zu beeinflussen, nicht mit mehr Macht, aber mit mehr System. Dies ist für die Stadt ein wichtiges Vorgehen, denn die neue Volkszählung lässt keinen Zugriff mehr auf Daten, die für die Stadtentwicklung relevant wären, zu, die neue Volkszählung ist nämlich nur noch eine Registerzählung. In einem ersten Schritt werden der Stadtkreis Wülflingen und ein Teil der Stadtkreise Veltheim und Stadt untersucht. Falls notwendig, soll die Untersuchung auf das übrige Stadtgebiet ausgedehnt werden. Die Ausdehnung auf das ganze Stadtgebiet ist mit höheren Kosten verbunden und soll nur aus wichtigen Gründen erfolgen. Die Kosten für diesen ersten Schritt sind bereits berechnet und im ordentlichen Budget der Stadtentwicklung abgewickelt worden. Es geht um interne Verrechnungen mit der IDW und dem Vermessungsamt. Diese betragen rund 20'000 Franken. Der Bericht wird mit dem bestehenden Personal des Statistikamts erstellt. Mit diesem Grundlagenpapier kann die Stadt die Forschungsergebnisse mit anderen Städten austauschen. Das neue Datenschutzgesetz hat zu Verzögerungen des Projektes geführt. Die Rechtsgrundlage muss durch einen parlamentarischen Entscheid des Gemeinderates geschaffen werden. Diese Weisung erfolgt aufgrund einer gesetzlichen Verpflichtung, verursacht durch das neue Informations- und Datenschutzgesetz des Kantons Zürich. Ein Entscheid des Gemeinderates ist unabdingbar für einen Fortschritt im Statistikprojekt Steuereinnahmen nach Siedlungstyp.

Die Aufsichtskommission hat dem Antrag mit zwei Änderungen mit 6:4 Stimmen zugestimmt. Die beiden Änderungen sind: Auf der Seite 9, im Artikel 10, Pseudonymisierung / Datenverknüpfung, wird im letzten Satz des Artikels auf das Wort „dauerhaft“ verzichtet. Und des Weiteren, ebenfalls auf Seite 9 Artikel 12, Veröffentlichung, werden die Werte erhöht von 20 auf 50 steuerpflichtige Bewohnerinnen und Bewohner sowie von 3 auf 10 Adressen. Neu heisst der Beschluss: „Umfasst eine Gebietseinheit weniger als 50 steuerpflichtige Bewohnerinnen und Bewohner oder weniger als 10 Adressen, so darf kein Wert veröffentlicht werden. Der Stadtrat ist mit diesen Änderungen einverstanden. Haltung der CVP: K. Stengel und A. Frauenfelder, der frühere und jetzige Datenschützer der Stadt, haben mitgeholfen, dieses Rechtsgrundlagenpapier mit den dazugehörigen Artikeln seriös auszuarbeiten. Das ist für die CVP ein weiterer, verlässlicher Punkt, diesem Antrag zuzustimmen. Die Bedenken von Kommissionskollegen und Kolleginnen betreffend allfälliger Lockerung des Datenschutzes, kann die CVP nicht nachvollziehen. Es wurde glaubhaft versichert, dass mit der vorgeschlagenen Lösung die Persönlichkeitsrechte gewahrt sind. Die Privatwirtschaft, wie auch eine Stadt, brauchen für die Steuerung ihrer Entwicklung dieses Datenmaterial, sie sind sogar darauf angewiesen. Darum unterstützt die CVP-Fraktion diesen Grundlagenbeschluss.

Ratspräsidentin Y. Beutler fragt den Stadtrat, ob er sich den Änderungen anschliesst.

Stadtpräsident E. Wohlwend: Im Sinne eines guten Kompromisses stimmt der Stadtrat zu.

B. Konyo Schwerzmann (SP): Die SP-Fraktion unterstützt den Antrag des Stadtrates zum Statistikprojekt „Siedlungstyp und Einkommenssituation“. Da die Volkszählung im herkömmlichen Sinn weggefallen ist, ist die Stadt auf das Statistikprojekt angewiesen. Die Stadt Winterthur erhält damit ein modernes statistisches System mit dem die Struktur und die Entwicklung der Bevölkerung und der Haushalte beobachtet werden können. Nur mit verlässlichen Zahlen kann eine gute Stadtentwicklung im sozialpolitischen Sinn weiterhin realisiert werden – zum Beispiel die Erneuerung und Sanierung von Gebäuden und Wohnungen. Früher

klopfen die Volkszählerinnen und Volkszähler an die Tür, im Jahr 2000 wurde die Volkszählung per Fragebogen durchgeführt, künftig soll ein Knopfdruck reichen. Damit dieser Knopf betätigt werden kann, braucht die Stadt das Statistikprojekt. Der Datenschutz ist gewährleistet und das Rechtsgutachten liegt vor. Am Schluss der Untersuchung werden Einzeldaten wie Name, Adresse etc. gelöscht. Mit der Modifikation der Artikel 10 und 12 ist die SP-Fraktion einverstanden.

Ratspräsidentin Y. Beutler bittet die Ratsmitglieder laut und deutlich zu sprechen und wenn möglich die schriftlichen Notizen abzugeben.

D. Schraft (Grüne/AL): Wenn es um das Sammeln von Daten geht, läuten in der Fraktion sofort die Alarmglocken. Die Vorlage wurde deshalb ganz kritisch geprüft. Es geht zwar nicht um das Sammeln von Daten, sondern um das Verknüpfen von Daten, die bereits zu anderen Zwecken gesammelt worden sind. Diese Verknüpfungen sind etwas vom heikelsten im ganzen Datenschutz. Das kann unter Umständen noch schlimmer sein, als das Sammeln von Daten. Es ist verständlich, dass der Stadtrat sich für die Stadtentwicklung auf einigemassen zuverlässige Daten stützen will. Bisher hat man gute Daten durch die Volkszählung erhalten. Das ist in Zukunft nicht mehr möglich. Also muss man sich anders behelfen. Darum diese Vorlage. In der Aufsichtskommission (AK) wurde denn auch gezeigt, welche möglichen Aussagen von diesem Statistikprojekt erwartet werden. Diesen Wunsch, etwas zu wissen, statt zu vermuten, ist nachvollziehbar. Dafür hat die Grüne/AL-Fraktion Verständnis. Von der ursprünglichen Vorlage war die Fraktion nicht begeistert. Es wurde zwar versichert, dass die Anonymisierung der Daten gesichert ist, dass der Zugang streng geregelt sein wird und überhaupt. Aber dem hat die Grüne/AL-Fraktion nicht getraut.

In der AK sind mit den entsprechenden Änderungen die heikelsten Punkte ausgeräumt oder verbessert worden. Mit der Streichung des Wortes „dauerhaft“ (Artikel 10) wird vermieden, dass ein „Data-Warehouse“ entsteht. Damit ist ein Datenlager gemeint, aus dem man sich nach Bedarf bedienen kann, es ist alles da und muss nicht erst beschafft werden. So ein „Data-Warehouse“ wird auch im Gutachten von Prof. Dr. Isabell Häner als sehr heikel angesehen. Die Streichung des Wortes „dauerhaft“ war deshalb zwingend. Dann wird noch die Minimalgrösse eines Datensatzes erhöht (Artikel 12). Das verbessert die Sicherheit stark. Es wird einiges schwieriger für Hacker, Rückschlüsse auf Einzelpersonen zu ziehen.

D. Schraft ist bewusst, dass es nicht passieren sollte, dass sich jemand die Daten illegal beschaffen kann und die Sicherheit gewährleistet sein sollte. Aber die Grüne/AL-Fraktion ist in dieser Beziehung misstrauisch. Mit diesen beiden Änderungen können die Grünen diesem Geschäft zustimmen. Es handelt sich um einen Kompromiss, in diesem Sinn stimmen die Grünen zu.

M. Wenger (FDP): Die FDP stimmt dem Statistikprojekt zu, denn Städtebau und sinnvolle Entwicklung sind wichtig. Drei Gründe sprechen dafür. 1. Qualitativ gute Grundlagen: Die Entscheide des Parlaments sollen auf qualitativ guten Grundlagen erfolgen. Eine Analyse zeigt Fakten statt Vermutungen. Auf dieser Grundlage können die besseren Schlüsse gezogen und die besseren Entscheidungen getroffen werden. 2. Geringe Kosten: Das Projekt kostet 20'000 Franken. Es werden keine neuen Daten beschafft. Die Daten sind bereits vorhanden und müssen nur noch verknüpft werden. 3. Die Anonymisierung ist sichergestellt: Statistiken mit sensiblen Daten dürfen keine Rückschlüsse auf Einzelpersonen ermöglichen. Mit den Korrekturen, die die AK gewünscht hat, ist das sichergestellt. Die FDP sagt klar Ja zu dieser Vorlage.

J. Würzler (SP): Als Vertreter von Mieterinnen und Mietern, als Vertreter von Bewohnerinnen und Bewohnern dieser Stadt mit tiefem Einkommen ist es sich J. Würzler schuldig ein Votum zu halten gegen diesen Grundlagenbeschluss. Wie müssen sich Leute in dieser Stadt fühlen, die wissen, sie sind nicht einkommensstark. Hier wird ein Zusammenhang hergestellt zwischen der Einkommenssituation und der Art zu wohnen. U. Bründler hat erklärt, damit soll keine Politik gemacht werden. Was macht man aber mit diesen Informationen? Nichts? Nimmt man sie einfach zur Kenntnis? Die Ratsmitglieder müssen sich darüber im Klaren sein, dass in Winterthur viele einkommensschwache Leute leben und durch diese

Vorlage verunsichert werden. Sie fühlen sich in dieser Stadt nicht mehr willkommen und irgendwie ausgeschlossen. Die Argumentationskette, die Volkszählung liefere diese Informationen nicht, ist so nicht richtig. Der Kanton versucht bereits diese Lücke zu füllen durch die Einführung von anonymisierten Wohnungsnummern. Damit werden in den Einwohnerkontrollen zu jeder Wohnung Informationen gespeichert. Das wurde heute noch nicht erwähnt. Die gewünschten Informationen sind praktisch alle bereits vorhanden und können jährlich abgerufen werden – nicht nur alle 10 Jahre, wie das aufgrund der Volkszählungen möglich war. Damit sind umfassende Instrumentarien vorhanden. Es werden bis Ende Jahr noch viele Projekte auftauchen mit denen eine Lücke ausgefüllt werden soll, weil die Volkszählung nicht mehr alle 10 Jahre vollständig durchgeführt wird. Es werden viele Daten auf Kosten der Rechtssicherheit gesammelt werden. Was will die Stadt mit diesen Informationen genau machen? Diese Sammlung ist unnützlich. Ein entsprechendes Votum hätte J. Würzler von Vertretern der Privatwirtschaft erwartet. Diese werden auch in Zukunft in der Stadt bauen. Dabei werden sie sich kaum auf dieses Projekt abstützen. Die SP-Fraktion ist zwar anderer Ansicht, aber als Vertreter der Mieterinnen und Mieter. J. Würzler kann aber nicht hinter dieser Vorlage stehen.

R. Isler (SVP): Die SVP ist dezidiert gegen diesen Grundlagenbeschluss bezüglich Siedlungstyp und Einkommenssituation. Es ist erstaunlich, dass auf der einen Seite gewisse politische Kreise dieses System unterstützen und auf der anderen Seite keine Gelegenheit auslassen, den Datenschutz hochzuhalten, wenn es um Strafverfolgung und Strafuntersuchung geht. Die Datenmenge, die der Stadtentwicklung zur Verfügung steht, genügt den Ansprüchen der Stadt. Die SVP nimmt zudem Abstand von diesen Daten, die erhoben werden und eine Erfassung der Bevölkerungsschichten ermöglichen sollen. Stossend ist auch der Detaillierungsgrad der Daten – Beziehungsstand, Anzahl der Kinder, Wohngegend, Wohngemeinschaften etc. An die Versicherung, dass der Datenschutz gewährleistet ist, kann man heute nicht mehr unbedingt glauben. Wer hätte sich vor einiger Zeit denken können, dass selbst Post- und Bankdaten nicht mehr sicher sind. Auch mit unter Verschluss gehaltenen Daten kann Missbrauch getrieben werden. Diese Vorlage geht der SVP, die sonst kein grosses Lamento um den Datenschutz macht, eindeutig zu weit. Zudem stellt sich die Frage, was mit diesen Steuerdaten passieren soll. In der Kommissionssitzung wurde das zwar erklärt. Offen bleibt aber, für wen diese Daten nutzbar sind. Die Erwartung, dass damit ein Beitrag zur besseren Durchmischung in gewissen Quartieren geleistet werden kann, kann R. Isler nicht teilen. Die Durchmischung ist eine Stärke von Winterthur. Das sind die Inseln, die von der Ratspräsidentin in ihrer Schlussrede erwähnt worden sind. Die durchmischten Quartiere machen Winterthur auch aus. Viele dieser Quartiere sind mit der Geschichte von Winterthur gewachsen. Die Quartiere sind durchmischt – Jung und Alt, Leute mit tieferem Einkommen und besser Verdienende, Studenten etc. wohnen in diesen Quartieren. Daran ist nichts zu kritisieren. Der SVP geht dieser Grundlagenbeschluss definitiv zu weit. Deshalb stellt R. Isler einen Ablehnungsantrag.

M. Zeugin (EVP/EDU/GLP): Mit diesem Statistikprojekt „Siedlungstypen und Einkommenssituation“ will der Stadtrat die nötigen Datengrundlagen schaffen, damit politische Entscheide möglich sind. Zudem soll sichergestellt werden, dass in Zukunft ein gesteuertes und bewusstes Wachstum erreicht werden kann. Die EVP/EDU/GLP-Fraktion wird deshalb dieser Weisung zustimmen. Trotzdem sind zwei Seelen in der Brust von M. Zeugin. Auf der einen Seite ist Datenschutz notwendig. Auch die Skepsis gegen die Verknüpfung der Datensätze ist verständlich. Es ist sehr wichtig, dass dem Datenschutz hohe Priorität eingeräumt wird. Das ist einerseits mit dem Rechtsgutachten erfolgt und andererseits mit den beiden Anträgen, die von der AK eingebracht worden sind. Mit dieser Verschärfung wird die Anonymisierung massiv verstärkt. Damit sind keine automatischen Rückschlüsse mehr möglich. Genau das ist auch das Ziel. Man muss aber auch den Nutzen der Stadt sehen. Mit der neuen Volkszählung sind nur noch Stichproben vorhanden und es stehen wenig verlässliche Daten zur Verfügung. Die Erfassung von Datengrundlagen zur Entwicklung der Stadt muss auch in einzelnen Bereichen möglich sein. Denn genau diese Informationen sind notwendig, damit die Stadt künftig die Mittel effizient und effektiv einsetzen kann. Es geht nicht um eine Stigmatisierung von einzelnen Gebieten, sondern darum, frühzeitig sozialpolitische Massnah-

men zu treffen, damit nicht im Nachhinein reagiert werden muss. Mit diesem Grundlagenbeschluss werden die rechtlichen Grundlagen für eine Verknüpfung der Daten geschaffen. Der administrative Aufwand kann damit in Grenzen gehalten werden.

Stadtpräsident E. Wohlwend dankt der Referentin für die gute Einführung in dieses Thema. Es liegt dem Stadtrat viel daran, faktenbasiert zu politisieren und nicht nur aus dem Gefühl heraus Strategien zu entwickeln. Es braucht eine faktenbasierte Auseinandersetzung, dazu benötigt der Stadtrat die entsprechenden Grundlagen. Nachdem ein Teil dieser Daten und Fakten verlorengeht, muss der Stadtrat versuchen diese Daten wieder zu beschaffen. Leider gibt es im Kanton kein Statistikgesetz, das Grundlagen für die Auswertung und Verknüpfung dieser Daten bieten würde. Deshalb ist die Stadt Winterthur auf die Schaffung dieser Grundlagen angewiesen. Es ist nicht so, dass mit der Zuordnung von Wohnungsnummern das Problem gelöst ist. Im Gegenteil. Die Stadt erhält lediglich eine weitere Angabe wer wo wohnt. Das hilft in dieser Frage nicht weiter. Der Stadtrat will lediglich etwas umsetzen, das ohnehin bereits möglich ist. Nämlich die Daten der Einwohnerkontrolle einsehen. Dabei haben sicher 99 % ihre Steuerdaten nicht gesperrt. Das heisst diese Daten können von der Stadtverwaltung bereits heute eingesehen werden. Die Verknüpfung wäre bereits möglich. Dieser Vorgang soll jetzt automatisiert werden. Dabei werden Regeln geschaffen, die auf Wunsch der AK noch verschärft worden sind. Das ist eigentlich alles. Stadtpräsident E. Wohlwend bittet die Ratsmitglieder dringend um Zustimmung damit sich die Politik weiterhin auf Tatsachen und Fakten abstützen kann. Es ist ein Unsinn, dass der Stadtrat damit Menschen diskriminieren will. Zudem wird der Datenschutz sehr hoch geachtet. Deshalb wurde auch K. Stengel einbezogen, damit gesichert ist, dass der Datenschutz gewährleistet ist. Stadtpräsident E. Wohlwend dankt den Ratsmitgliedern für die Zustimmung zum Grundlagenbeschluss.

Ratspräsidentin Y. Beutler: Es wurde ein Ablehnungsantrag gestellt. Sie lässt über das Statistikprojekt „Siedlungstyp und Einkommenssituation“ abstimmen.

Der Rat stimmt dem Statistikprojekt mit deutlicher Mehrheit zu.

3. Traktandum

GGR-Nr. 2010/016: Reorganisation der Schulbehörden: Totalrevision bzw. Neuerlass der Geschäftsordnung Volksschule Winterthur

St. Nyffeler (SVP): Ausgangslage: Der Gemeinderat hat am 16. Juni 2008 die sogenannte Übergangsgeschäftsordnung für die Volksschule Winterthur erlassen. Sie wurde bewusst als Übergangsverordnung bezeichnet, weil bereits damals klar war, dass erst mit der Anpassung der Gemeindeordnung wieder eine für längere Zeit gültige Fassung der Geschäftsordnung möglich sein wird. Damals war es aber notwendig, für die aufgrund des neuen Volksschulgesetzes flächendeckend eingesetzten Schulleitungen klare und aktuelle Rechtsgrundlagen zu schaffen. Auch die Zentralschulpflege hat nach dem Erlass der Übergangsgeschäftsordnung ein sogenanntes Übergangsorganisationsreglement erlassen. Zusammenfassung: Am 27. September 2009 hat das Stimmvolk der Reorganisation der Schulbehörden zugestimmt. Am 13. Januar 2010 ist die Genehmigung dieses Nachtrags durch den Regierungsrat des Kantons Zürich eingetroffen. Somit ist der Weg frei für die Anpassung der Geschäftsordnung für die Volksschule in Winterthur an die neue Gemeindeordnung. Die Geschäftsordnung klärt die Aufgaben und Kompetenzen der Zentralschulpflege, der Kreisschulpflegen und der Schulleitungen. Die wesentlichen Neuerungen: Die Aufsichtskommission Sonderschulen wird aufgelöst. Mit der Schulbehördenreorganisation erfolgt die Integration der Aufsichtskommission Sonderschulen in die Zentralschulpflege, die Reduktion der nebenamtlichen Kreisschulpflegemitglieder im Jahr 2010 auf 68 beziehungsweise 2014 auf 43 Personen, das Einsetzen je einer eigenständigen Aufsichtskommission für das Berufsvorbereitungsjahr und einer Aufsichtskommission für die Metallarbeiterschule. Im Sinne der

Benutzerfreundlichkeit wird die gesamte Verordnung neu nummeriert. Weshalb materiell nur eine kleine Teilrevision, formell aber ein Neuerlass beantragt wird.

Die sogenannte Übergangsgeschäftsordnung für die Volksschule in Winterthur vom 16. Juni 2008 kann der neuen Gemeindeordnung angepasst werden, wenn der Gemeinderat heute zustimmt. Nach dem Beschluss des Gemeinderates kann auch die Zentralschulpflege auf das Schuljahr 2010/2011 das Organisationsreglement neu erlassen sowie die betroffenen Erlasse anpassen. Auf die Amtsdauer 2014/2018 würde die zweite Etappe der Reorganisation der Schulbehörden in Kraft treten. Wobei die wesentlichste Änderung die Reduktion der Kreisschulpflegen von 7 auf 4 beinhaltet. Die Sachkommission Bildung, Sport und Kultur (BSKK) hat im Wesentlichen dem Geschäft zugestimmt und unterbreitet dem Gemeinderat 3 Anträge, denen die Kommission mit 7 zu 0 Stimmen zugestimmt hat. Die SVP-Fraktion unterstützt die Vorlage und die 3 Anträge der BSKK.

Stadträtin P. Pedergnana schliesst sich den Änderungen an.

M. Stauber (Grüne/AL): Die Totalrevision der Geschäftsordnung ist der nicht sehr brisante Teil der Umsetzung der Schulbehördenreorganisation, die im Zusammenhang mit der Revision der Gemeindeordnung kontrovers diskutiert wurde und der das Volk zugestimmt hat. Die BSKK hat deshalb für die Beratung lediglich eine halbe Sitzung benötigt. In diesem Sinne muss M. Stauber nicht mehr viel dazu sagen. Die Grüne/AL-Fraktion stimmt der Revision der Geschäftsordnung der Volksschule Winterthur und den 3 Änderungsanträgen der BSKK zu.

Ch. Baumann (SP) dankt dem Referenten und den Mitarbeitenden des Departements für die gute Vorbereitung. Die BSKK hat dem Geschäft und den Änderungsanträgen mit 7 zu 0 Stimmen zugestimmt. Es ist kein Geheimnis, dass sich die SP für das zweistufige Behördenmodell ausgesprochen hat. Das hätte es einfacher gemacht, die Kompetenzen klar aufzuteilen. Jetzt sind 3 Leitungsebenen vorhanden. Es wird die Aufgabe des neuen Stadtrates sein, Widersprüche auszuschliessen. Die SP legt Wert darauf, dass gesamtstädtische Lösungen bei der Umsetzung angestrebt werden. Die Zentralschulpflege und die Kreisschulpflegen erhalten jetzt zwar Kompetenzen eigene Lösungen zu finden. Es macht aber mehr Sinn, wenn gesamtstädtische Lösungen gesucht werden anstatt in jedem Kreis eigene Lösungen auszuarbeiten, die nur halb so gut sind und doppelt soviel Energie benötigen. Die SP-Fraktion unterstützt die Vorlage.

F. Helg (FDP): Die FDP-Fraktion stimmt der Vorlage zu und schliesst sich den Änderungsanträgen der BSKK an. Diese Vorlage bildet gleichzeitig einen Schlusspunkt und einen Ausgangspunkt. Schlusspunkt nach einer langen Zeit der Auseinandersetzung. Im Jahr 2002 wurde die letzte Schulbehördenreorganisation in Angriff genommen. Schon bald haben sich Unzulänglichkeiten bemerkbar gemacht. Ein Rechtsgutachten hat das im Jahr 2004 bestätigt. Auch von kantonaler Seite her sind Ungewissheiten entstanden, weil noch nicht geklärt war, wie die Volksschule neu geregelt werden soll. In Winterthur wurde lange abgewartet, bis über das weitere Vorgehen entschieden wurde. Damit haben sich Unruhe und Verunsicherung breit gemacht. Erst ab 2006 ist es etappenweise vorwärts gegangen. Eine grosse Evaluation und zwei Vernehmlassungen wurden durchgeführt, die Übergangsgeschäftsordnung wurde erlassen, die Schulbehördenreorganisation wurde durchgeführt und das Volk hat der neuen Gemeindeordnung zugestimmt. Jetzt liegt der Neuerlass der Geschäftsordnung Volksschule Winterthur vor. Doch auch zum Schluss sind erneut Hindernisse aufgetaucht. Es ist nicht nachvollziehbar, dass eine Version vorgelegt wurde, die nicht aktuell war und nachgebessert werden musste. Die Vorlage ist aber auch Ausgangspunkt insofern sie die organisatorischen Umstrukturierungen abschliesst und eine Grundlage bildet um sich vermehrt mit inhaltlichen Fragen auseinanderzusetzen.

R. Harlacher (CVP): Es handelt sich um eine relativ unspektakuläre Vorlage. Die CVP-Fraktion unterstützt die Vorlage und die 3 Änderungsanträge der BSKK.

Stadträtin P. Pedernana: Es wurde wiederholt betont, dass es sich um eine unspektakuläre Vorlage handelt. Das stimmt. Der Stadtrat schliesst sich auch den Änderungsanträgen der BSKK an. Der Neuerlass der Geschäftsordnung Volksschule Winterthur ist eine wichtige Grundlage für die Schulbehörden und die Schulleitungen. Für die nächsten 8 Jahre bildet sie eine Rechtsgrundlage. Stadträtin P. Pedernana hofft, dass diese, trotz der Mängel, auf die Ch. Baumann hingewiesen hat, für die nächsten 8 Jahre ausreicht.

Ratspräsidentin Y. Beutler: Es wurde kein Ablehnungsantrag gestellt. Damit hat der Gemeinderat dem Neuerlass der Geschäftsordnung zugestimmt.

4. Traktandum

GGR-Nr. 2010/017: Neuerlass einer Verordnung über das Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) und weitere Aus- und Weiterbildungsangebote der Stadt Winterthur

O. Seitz (SP): Der Gemeinderat stimmt über eine neue Verordnung ab und zwar über eine Verordnung über das Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) und über weitere Aus- und Weiterbildungsangebote der Stadt Winterthur. Warum braucht es eine neue Verordnung? Die alte Verordnung über die berufliche und hauswirtschaftliche Ausbildung ist teilweise ausser Kraft gesetzt, teilweise ungültig und entspricht nicht mehr den heutigen kantonalen Vorgaben. Dazu kommt, dass mit einer Volksabstimmung letztes Jahr die neue Organisation der Schulbehörden gutgeheissen wurde. Von welchen Schulen wird das Berufsvorbereitungsjahr in der Stadt Winterthur angeboten? Es sind dies die Berufswahlschule, die Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule und die Werkjahrschule. Die drei Schulen werden von einer gemeinsamen Schulleitung geführt und mit der neuen Organisation der Schulbehörden erhalten sie eine gemeinsame Aufsichtskommission. Bewusst werden die drei Schulen nicht namentlich in der neuen Verordnung aufgeführt. Dies erlaubt, wenn nötig, neue Angebote zu schaffen, bisherige Angebote zu streichen oder neu zu organisieren, ohne dass die Verordnung geändert werden muss.

Neu wird die Elternbildung aus der Hauswirtschaftlichen Fortbildungsschule herausgelöst und dem Departement Schule und Sport unterstellt. Dort wird sie in die Produktgruppe „familienunterstützende Angebote“ eingegliedert. Diese neue Unterstellung hat zwei Gründe: 1. passt dies thematisch, weil die Elternschule auch in der Weiterbildung in Erziehungsfragen tätig ist und 2. ist eine schulische Behördenstruktur dafür nicht notwendig. Die Sachkommission (BSKK) hat einzig den Artikel 4 geändert. Bisher lautet die Formulierung: „In Härtefällen kann der Elternbeirat für Lernende, welche in Winterthur Wohnsitz haben, teilweise oder vollständig erlassen werden. Das zuständige Departement regelt den Erlass.“ Die BSKK beantragt folgende Änderung: „Das zuständige Departement regelt den teilweisen oder vollständigen Erlass des Elternbeitrages für Lernende, welche in Winterthur Wohnsitz haben nach Massgabe des kantonalen Rechts.“ Die Änderung hat mit 6:1 Stimmen eine klare Mehrheit in der BSKK gefunden. Bei der Änderung geht es nicht um inhaltliche Differenzen. Es geht dabei einzig darum, die inhaltliche Anlehnung ans kantonale Recht sprachlich expliziter festzuhalten. Die Schlussabstimmung in der BSKK ist mit 7:0 Stimmen im Sinne der neuen Verordnung eindeutig ausgefallen. Die SP unterstützt die Änderung des Artikels 4 und wird in der Schlussabstimmung dem Neuerlass der Verordnung zustimmen. Der SP ist es ein grosses Anliegen, dass alle Jugendlichen im späteren Berufsleben ihren Fähigkeiten und ihrer Leistungsbereitschaft entsprechend erfolgreich sein können. Der Übertritt von der Volksschule in eine Berufslehre oder weiterführende Schule ist aber von vielen Unsicherheiten geprägt. Die Berufsvorbereitungs-Angebote helfen, den Schritt besser zu bewältigen. Sie haben sich sehr bewährt. Deshalb steht die SP hinter dem Berufsvorbereitungsjahr.

Stadträtin P. Pedernana: Der Stadtrat schliesst sich dem Änderungsvorschlag der BSKK an.

St. Schär (SVP): Die SVP-Fraktion unterstützt diese Vorlage sowie den Änderungsantrag der BSKK.

R. Harlacher (CVP): Die CVP-Fraktion unterstützt ebenfalls die Verordnung und die Änderung des Artikels 4.

M. Stauber (Grüne/AL): Es geht um die Umsetzung des kantonalen Rechts und um die Schulbehördenreorganisation. Die neue Fassung des Artikels 4 sagt im Prinzip das gleiche aus wie der ursprüngliche Vorschlag des Stadtrates. Die Grüne/AL-Fraktion stimmt der Verordnung und der Änderung des Artikels 4 zu.

F. Helg (FDP): Die FDP-Fraktion stimmt ebenfalls zu. Die Verordnung ist tragfähig und gibt keinen Anlass die Vorlage abzulehnen.

Stadträtin P. Pedergnana dankt für die gute Aufnahme des Geschäfts.

Ratspräsidentin Y. Beutler: Es wurde kein Ablehnungsantrag gestellt. Der Gemeinderat hat somit den Neuerlass der Verordnung gutgeheissen.

5. Traktandum

GGR-Nr. 2009/091: Begründung des Postulats St. Fritschi (FDP) betreffend 750 Jahre Winterthurer Stadtrecht

St. Fritschi (FDP) hat das Postulat geschrieben, weil sich mehrere Personen, die seit 1964 in der Stadt wohnen an ihn gewandt haben. 1964 fand eine Feier zum 700 jährigen Jubiläum des Winterthurer Stadtrechts statt. Womit St. Fritschi nicht gerechnet hat, ist die Tatsache, dass der Stadtpräsident 1964 bereits 17 Jahr alt war und an der Feier teilgenommen hat. Es war ein sehr schönes Fest. St. Fritschi erinnert die Ratsmitglieder daran, dass 2014 dieses wichtige Zeitdokument 750 Jahre alt wird. Aus der Zeitung hat er erfahren, dass bereits Vorbereitungen für dieses Jubiläum im Gange und verschiedene Projekte geplant sind. Wenn Stadtpräsident E. Wohlwend heute Abend einigermaßen plausibel erklären kann, was konkret geplant ist, dann wird St. Fritschi vorschlagen das Postulat zurückzuziehen. Der Stadtrat hat noch genug zu tun.

Stadtpräsident E. Wohlwend: Es ist tatsächlich so, dass der Stadtpräsident 1964 am Fest teilgenommen hat. Er war Beleuchter an einem Festspiel, das auf dem Neumarktplatz stattgefunden hat. Das war aber nicht der Grund warum der Stadtpräsident das Gefühl hat, man müsse die 750-Jahr-Feier mit einem grösseren Anlass begehen. Es gehört sich einfach, dass gewisse Anlässe gefeiert werden. Aus den Zeitungen war zu entnehmen, dass der Stadtrat bereits Vorarbeiten geleistet hat noch bevor der Vorstoss eingereicht wurde. Es ist ein zweigleisiges Vorgehen geplant. Auf der einen Seite ist die Geschichtsschreibung nach der Eingemeindung nicht mehr so dicht. Deshalb ist die Aufarbeitung der Geschichte von Winterthur geplant. Aufgrund von Grabungen sind zudem neue Erkenntnisse gewonnen worden. Man weiss zum Beispiel, dass in Oberwinterthur keltische Siedlungen bestanden haben. Die Geschichte muss in diesem Sinne neu geschrieben werden. Vor allem der letzte Teil der Stadtgeschichte fehlt zum grossen Teil. Stadtpräsident E. Wohlwend ist sehr glücklich, dass die Finanzierung der Geschichtsschreibung gesichert ist – vor allem deshalb weil die Adele Koller-Knüsli Stiftung bereit ist, 500'000 Franken zur Verfügung zu stellen. Der Stadtrat hat aus seinem Kompetenzkredit bereits 200'000 Franken gesprochen. Heute hat Stadtpräsident E. Wohlwend vernommen, dass der Lotteriefond 200'000 Franken zur Verfügung stellt. Damit ist die Finanzierung der Geschichtsschreibung gesichert. Die Autorinnen und Autoren konnten ebenfalls gefunden werden und es wurden bereits Aufträge erteilt. Das

ist die eine Geschichte. Zum Geschichtsbewusstsein der Stadt gehört es, dass man über die Vergangenheit Bescheid weiss.

Selbstverständlich muss man diesen Geburtstag auch feiern. Der Stadtrat hat amtsintern bereits eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Diese hat wiederum aus der Bevölkerung Exponentinnen und Exponenten zusammengerufen und mit ihnen zusammen Ideen gesammelt für die Feier im Jahr 2014. Diese Ideensammlung hat der Stadtrat zur Kenntnis genommen. Jetzt wird ein Projektleiter gesucht, der im Schnitt ein Arbeitspensum von 20 % erhalten wird. Der Stadtrat wird zuerst stadintern suchen. Das ist aber noch nicht im Detail festgelegt. Feststeht, dass nicht nur die Vergangenheit zum Thema gemacht werden soll. Der Blick soll auch auf die Zukunft gerichtet werden. Das ist dem Stadtrat wichtig. Die Stadt baut zwar auf der Vergangenheit auf, der Stadtrat muss aber auch vorwärts schauen. Stadtpräsident E. Wohlwend hofft, dass St. Fritschi mit ihm einig ist, dass das ein guter Weg ist.

St. Fritschi (FDP) ist mit diesen Auskünften einverstanden und zieht das Postulat zurück.

Ratspräsidentin Y. Beutler: Damit ist das Postulat zurückgezogen und wird als erledigt abgeschrieben.

5. Traktandum

GGR-Nr. 2009/117: Begründung des Postulats St. Fritschi (FDP) betreffend Solarkataster für die Stadt Winterthur

St. Fritschi (FDP): Die Vorschläge könnten eine Vision sein für die Stadt Winterthur. In Zukunft könnte mehr Solarenergie eingesetzt werden sowohl für die Strom- wie auch für die Wärmeproduktion. Beides ist sehr wichtig. Für die Stadt Winterthur bringt ein Solarkataster, der allen Winterthurerinnen und Winterthurern zur Verfügung steht, nur Vorteile. In Deutschland wird das bereits an einigen Orten gemacht. Die Idee ist, dass jede und jeder auf einer Internet-GIS-Karte sehen kann, ob es eine Möglichkeit gibt auf dem Dach seines Gebäudes eine Solaranlage einzurichten. Das ist ganz einfach zu realisieren. Mit den Daten, die bereits vorhanden sind, kann man die Karte erstellen. An deutschen Universitäten wurden bereits entsprechende Studien erstellt. Die deutschen Städte Braunschweig, Gelsenkirchen, Osnabrück, Rudolfstadt und Wiesbaden haben bereits ein Solarkataster. Der Stadtrat kann sich auf die entsprechenden Informationen und Erfahrungen abstützen. Der Vorteil ist, dass die privaten Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer, die gewillt sind in eine Solaranlage zu investieren, eine Grundlage haben, um herauszufinden, ob ihr Haus dazu geeignet wäre. Das ist nicht sehr teuer und durchaus finanzierbar. Die Finanzierung könnte zum Beispiel über den Klimafond von Stadtwerk erfolgen. Das Geld würde zudem in der Gegend bleiben, weil lokale Betriebe profitieren könnten. Die Stadt Winterthur könnte damit eine Pionierrolle einnehmen gegenüber anderen Regionen in der Schweiz. Basel und Luzern haben allerdings bereits diese Möglichkeit in Erwägung gezogen. Wenn dieses Postulat möglichst schnell eingereicht wird, dann wird Winterthur trotzdem zu den Pionieren in der Schweiz gehören. Mit diesem kleinen Beitrag können die Ratsmitglieder dazu beitragen, dass private Hausbesitzer und die öffentliche Hand auf einfache Art das Potential für eine Solaranlage ermitteln können. So werden vielleicht in der ganzen Stadt Solarzellen auf den Dächern erscheinen. St. Fritschi dankt den Ratsmitgliedern für die Überweisung des Postulats.

N. Sabathy (CVP): Die CVP-Fraktion stellt zu diesem Postulat einen Ablehnungsantrag. Die Nutzung von Solarenergie, sei es mit Fotovoltaikanlagen oder Sonnenkollektoren, ist eine gute Sache. Aber braucht es wirklich einen Solarkataster über die ganze Stadt? Nein. Wenn jemand auf seinem Dach die Sonnenenergie nutzen will, konsultiert er einen Fachmann und lässt sich beraten. Der kann ihm sagen, ob es sich lohnt auf seinem Dach eine entsprechende Anlage zu installieren und ihm eine Offerte unterbreiten. Wenn der Kataster erstellt wird, kann nur der aktuelle Zustand festgehalten werden. Wenn neue Häuser gebaut werden, muss der Kataster nachgeführt werden. Das verursacht jedes Jahr neue Kosten. Der

Kataster verursacht lediglich einen höheren Verwaltungsaufwand, der doch eigentlich verhindert werden soll. Aus diesen Gründen stellt die CVP-Fraktion einen Ablehnungsantrag.

B. Dubochet (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion ist positiv überrascht, dass die FDP die erneuerbaren Energien entdeckt hat. Sie befürchtet aber, dass es mehr um Imagepflege und weniger um Inhalte geht. Das Postulat wird der Solarenergie relativ wenig bringen. In Winterthur gibt es genug optimale Dachflächen. Es ist so, wie bereits gesagt worden ist, wenn jemand eine Solaranlage installieren will, geht er zum Fachmann, der ihm sagen kann welche Anlage geeignet ist und wie viel sie kostet. Das Problem der Solarenergie sind nicht die fehlenden Dachflächen, sondern die Wirtschaftlichkeit. Hier müsste man den Hebel ansetzen, damit mehr Anlagen in Winterthur gebaut werden können. Die Grüne/AL-Fraktion lädt die FDP ein, die bereits vorhandenen Vorlagen zu unterstützen, die den erneuerbaren Energien tatsächlich etwas bringen, wie zum Beispiel das Förderprogramm für Solaranlagen. Die Grüne/AL-Fraktion wird das Postulat aber nicht ablehnen, weil jeder kleine Schritt wertvoll ist. Auch wenn es, wie in diesem Fall, nicht viel bringen wird.

F. Landolt (SP): Die SP ist bekanntlich für die Förderung von erneuerbaren Energien. Grundsätzlich ist das Postulat ein positiver Ansatz. Die grünen Energien können aber nur durch Investitionsentscheide gefördert werden. Diese Entscheide werden durch Förderprogramme erleichtert. Das was gefordert wird, ist eigentlich ein Papiertiger. Deshalb steht die SP-Fraktion dem Postulat zwiespältig gegenüber und wird nicht einheitlich abstimmen. Die Investitionsentscheide können von der öffentlichen Hand kommen – Ocean Breeze ist ein Beispiel. Mit diesen Investitionsentscheiden können erneuerbare Energien gefördert werden. Oder es können Investitionsentscheide sein, die auf individueller Ebene, von Genossenschaften etc. getroffen werden. Mit Förderprogrammen können diese Entscheide unterstützt werden. Aber auch diese Programme verursachen Kosten. Die kostendeckende Einspeisevergütung könnte nur mit einem massiven Einsatz auf nationaler Ebene realisiert werden. Die SP ist skeptisch und glaubt nicht, dass grundsätzlich geklärt werden kann, welche Dächer sich für Solaranlagen eignen. Grundsätzlich gibt es auf sämtlichen Dächern in Winterthur geeignete Lokalitäten. Es braucht nicht unbedingt einen Kataster.

W. Steiner (SVP) ist nicht ganz einverstanden mit der Aussage von F. Landolt. Es gibt Gebäude, die sich von der Orientierung her nicht unbedingt für eine Solaranlage eignen. Ideal ist, wenn ein Dach gegen Süden geneigt ist. Wenn es in West/Ost-Richtung steht, dann eignet es sich nicht. Das Postulat ist ein gutes Mittel, um zu zeigen, was in Winterthur möglich wäre. Wenn man einen Kataster erstellt hat, weiss man welches Potential auf den Dächern von Winterthur für erneuerbare Energien vorhanden ist. Das weiss man zurzeit nicht. Es gibt aber eine interessante Studie der ZHAW, die in einer Gemeinde gemacht worden ist. Auch das könnte eine Motivation sein, mehr zu investieren auch wenn es noch nicht unbedingt rentiert.

M. Zeugin (EVP/EDU/GLP): Ein grosser Teil der Fraktion wird der Überweisung des Postulats zustimmen. Es ist sicher kein wegweisender ökologischer Vorstoss, sondern ein kleines Puzzlesteinchen. Den erneuerbaren Energien dürfen grundsätzlich keine Steine in den Weg gelegt werden. Wenn es darauf ankommt, müssen die entsprechenden Mittel gesprochen werden.

N. Sabathy (CVP): Wichtig ist, dass die Leute überzeugt werden können, dass Solarenergie genutzt werden soll. N. Sabathy glaubt aber nicht, dass man mit einem Kataster, der die Eignung eines Daches aufzeigt, die Leute dafür gewinnen kann, das Geld zu investieren. Es braucht finanzielle Anreize.

Stadtrat M. Gfeller: Der Stadtrat teilt grundsätzlich die Skepsis, die im Rat zum Ausdruck gekommen ist. Das Verhältnis von Aufwand und Ertrag dieses Projekts muss genauer untersucht werden. Das Energie-Contracting von Stadtwerk Winterthur hat das analysiert. Eine einmalige Aktion, wie der Postulant schreibt, würde zwischen 50'000 und 100'000 Franken kosten. Der Stadtrat könnte es nicht verantworten diese Kosten über Steuergelder zu be-

zahlen. Wenn das Energie-Contracting dieses Projekt gleichzeitig als Werbeträger für die eigenen Dienstleistungen nutzen könnte, wäre ein Versuch eventuell möglich. Ein Nachführen dieses Katasters, das jährlich wiederkehrende Kosten nach sich ziehen würde, kommt aber nicht in Frage. Das ist viel zu teuer. Es stellt sich die Frage, soll der Kataster alle 5 oder 10 Jahre nachgeführt werden. Das sind verschiedene Aspekte der recht grossen Skepsis, die von Fachleuten geäussert wurde. Winterthur kann von der Übersicht und der Grösse her nicht unbedingt mit den zitierten Städten verglichen werden. Ausser Rudolfstadt sind alle erwähnten Städte viel grösser, das heisst in der Stadt wohnen mehr als 500'000 Menschen. Das ist eine andere Kategorie.

Das Energie-Contracting hat erklärt: Für den Eigenbedarf und um zu eruieren welche Dächer gross genug sind für eine rentable Solaranlage mit der mehrere Abnehmer mit Wärme versorgt werden könnten, braucht es keinen Solarkataster. Aber als Marketinginstrument wäre dieser Vorschlag zu prüfen. Das Hauptproblem löst der Kataster nicht. Die Frage ist: Wo ist es sinnvoll und dringend mit Sonnenenergie Wärme zu produzieren, die auch gut genutzt werden kann – zum Beispiel für ein Altersheim – und welche Dachflächen sind eher für Photovoltaik geeignet. Wenn man die Leute jetzt zu stark animiert Photovoltaikanlagen zu installieren, handelt man zwar nicht unehrlich, man müsste aber auch darauf hinweisen, dass in 10 bis 20 Jahren die Anlagen sehr viel billiger gebaut werden können. Photovoltaik ist in einer Stadt wie Winterthur heute noch etwas für Idealistinnen und Idealisten. Diese Anlagen sollte man deshalb nicht ohne weiteres empfehlen. Man kann durchaus europaweit Photovoltaik entwickeln. In Spanien herrschen aber sehr viel bessere klimatische Bedingungen, der Wirkungsgrad ist deshalb grösser. Die Schweiz ist nicht für jede Technologie das am besten geeignete Land in Europa. Auch das ist ein Grund, warum der Stadtrat diesen Auftrag mit Skepsis entgegennehmen würde. Er könnte zwar eine Umsetzung des Postulats prüfen aber eine jährliche Neuauflage des Katasters käme nicht in Frage.

Ratspräsidentin Y. Beutler lässt über die Überweisung des Postulats abstimmen.

Der Rat lehnt das Postulat mit 28 zu 23 Stimmen sofort ab.

7. Traktandum

GGR-Nr. 2009/111: Begründung des Postulats O. Seitz (SP), M. Stauber (Grüne/AL) und N. Sabathy (CVP) betreffend Einführung eines Veloverleihsystems

O. Seitz (SP): Niemand wird vermutlich bestreiten, dass der Verkehr in Winterthur in den nächsten Jahren weiter zunehmen wird. Wie aber soll dieser zusätzliche Verkehr bewältigt werden? Bereits im Schlussbericht des Regionalen Gesamtverkehrskonzepts von 2005 wurde verlangt, dass der Langsamverkehr einen überproportionalen Anteil am Verkehrswachstum übernehmen soll. Und auch der Stadtrat hat dieses Ziel schon mehrfach betont. Solche Ziele sind sinnvoll. Die Frage ist, wie diese auch effektiv erreicht werden können? Die Antwort auf die Frage hat O. Seitz leider nicht. Er ist aber überzeugt, dass alle Möglichkeiten zur Erhöhung des Langsamverkehrs geprüft werden sollen. Die Einführung eines Veloverleihsystems ist eine davon. Ob sie schlussendlich wirklich sinnvoll und finanzierbar ist, kann heute noch niemand beantworten. Was jedoch sicher ist, dass Veloverleihsysteme in vielen Städten sehr erfolgreich funktionieren. Velos aus Verleihsystem werden 4 Mal mehr genutzt als private. In Lyon wurde mit dem Veloverleihsystem eine Senkung des MIV-Anteils am Modal Split um ganze 4% auf 47% erreicht.

Mit dem vorliegenden Postulat wünscht sich O. Seitz, dass der Stadtrat ein Konzept für die Einführung eines Veloverleihsystems in Winterthur ausarbeitet. Konkret interessiert: 1. An welchen Standorten Ausleihstationen sinnvoll und möglich wären. So müsste sicher am Hauptbahnhof mindestens eine Ausleihstation platziert werden, denkbar ist auch an grösseren Standorten der ZHAW mit vielen Studierenden oder bei Museen wie dem Fotomuseum um die Attraktivität für Touristen zu erhöhen, bei grösseren Firmensitzen oder anderen häufig frequentierten Orten wie der Graben etc. 2. Sollte das Konzept aufzeigen wie das Velo-

verleihsystem betrieben werden könnte, das heisst wer die Velos wartet, was für Velotypen sinnvoll wären, ob die Velos mit Kreditkarten oder nur mit speziellen Kundenkarten bezogen werden können etc. O. Seitz zeigt verschiedene Ausleihsysteme, die in Winterthur umgesetzt werden könnten. Er erwartet vom Stadtrat, dass er prüft, welche Systeme in Winterthur sinnvoll und möglich sind. 3. Die Frage der Finanzierung. Dabei interessiert vor allem die Möglichkeit von Werbeeinnahmen oder wie die FDP sagen würde, die Möglichkeit der Public Private Partnership. Finanziell interessant könnte auch eine Zusammenarbeit mit Zürich sein, die ein Veloverleihsystem mit 50 Verleihsstationen und 500 Velos einführen wollen. 4. Welchen Nutzen erhofft sich der Stadtrat nach Prüfung obiger Punkte von einem Veloverleihsystem? Dabei denkt O. Seitz an die Ökologie, die Stadtentwicklung oder zum Beispiel an Tourismus. Interessant wären aber auch der Kostenvergleich mit dem MIV oder dem öffentlichen Verkehr. Denn wie gesagt, die Mobilität steigt mit Sicherheit. Und mit der gleichen Sicherheit wird die Bewältigung der zusätzlichen Mobilität etwas Kosten, ob es sich um Kapazitätserweiterung für den MIV, zusätzliche Busse oder eben zum Beispiel einen Veloverleihsystem handelt. Erst wenn diese Fragen beantwortet sind, kann der Gemeinderat entscheiden, ob Winterthur ein Veloverleihsystem einführen soll und wenn ja was für eines. Wenn es Winterthur gelingt, den Langsamverkehr überproportional zu steigern, profitieren alle davon. Nicht nur die Velofahrerinnen und Velofahrer. Eine Reduktion der Autoemissionen kommt allen Winterthurerinnen und Winterthurer zu Gute. Und jedes Auto weniger auf der Strasse, hilft den Verkehrsfluss für die verbleibenden Autos zu verbessern. In dem Sinne bittet O. Seitz die Ratsmitglieder das Postulat zu überweisen.

N. Sabathy (CVP): Das Velo ist ein wichtiges Verkehrsmittel in Winterthur. Nicht umsonst heisst Winterthur auch Velostadt. Mit dem Velo kommt man in der Stadt am schnellsten vorwärts. Gerade weil in Winterthur ein sehr gutes Velowegnetz besteht, könnte dieses mit einem Veloverleihsystem noch besser genutzt werden. Davon sollten auch alle profitieren können, die nach Winterthur reisen und ihr Velo nicht mitnehmen können. In verschiedenen Schweizer Städten hat man gute Erfahrungen mit Veloverleihsystemen gemacht. Zürich bietet Velos im Verleihsystem an. Im Jahresbericht des Integrationsprogramms AOZ, das das Verleihsystem betreibt, kann man lesen, dass im letzten Jahr jedes Velo rund 170 Mal ausgeliehen worden ist. Das ist eine stattliche Zahl. Ein Verleihsystem kann durchaus zur Reduktion des Verkehrschaos und der Umweltbelastung beitragen. Aus diesen Gründen unterstützt die CVP-Fraktion die Überweisung des Postulats.

M. Wenger (FDP): Die FDP-Fraktion lehnt das Postulat ab. Winterthur ist eine Velostadt, die Velowege sind gut ausgebaut. Viele Leute sind mit dem Velo unterwegs und auch das Gewerbe ist glücklich. Zur Verstaatlichung des Individualverkehrs durch Velostationen, sagt die Fraktion nein Danke. Velostationen zu betreiben, kann nicht die Aufgabe der Stadt sein. Private ja, aber auch diese benötigen kein Konzept, das der Stadtrat ausarbeitet. Die FDP lehnt die Überweisung des Postulats ab.

M. Stauber (Grüne/AL): Eine richtige Grossstadt braucht einen Veloverleih und eine Velostadt sowieso. Für eine Stadt, die vermehrt auf Touristen setzt, ist ein Veloverleih ein Pluspunkt. Verschiedene Städte in der Schweiz, in Europa und zum Teil in anderen Kontinenten haben das erkannt. Bereits vor ca. 15 Jahren hat es in Winterthur ein rudimentäres Verleihsystem gegeben mit einer Verleihstation an der 20 Velos zum Verleih bereitstanden. Die Velos mussten dort zurückgegeben werden, wo man sie geholt hat. Dieses System war nicht sehr attraktiv. Wenn man das in grösserem Stil aufzieht, wird es auch funktionieren. O. Seitz hat das Regionale Gesamtverkehrskonzept erwähnt. Darin wird eine Zunahme des Gesamtverkehrs von 21 % prognostiziert in den nächsten 15 bis 20 Jahren. Ziel ist, dass diese Zunahme vom öffentlichen Verkehr und vom Langsamverkehr übernommen wird. Das ist auch logisch. Eine Zunahme des MIV belastet die Strassenkapazität enorm. Ein unbeschränkter Kapazitätsausbau ist nicht möglich. Deshalb muss etwas unternommen werden, damit der Anteil des langsam Verkehrs und des öffentlichen Verkehrs zunimmt. Dazu sind Investitionen notwendig. 84 Millionen werden jetzt in den Masterplan Bahnhof investiert. Das wird zu einer Umlagerung führen, insbesondere in Bezug auf das Nutzungspotential Sulzerareal Stadtmitte. Aber das gibt es nicht gratis. Deshalb muss die Attraktivität der entspre-

chenden Verkehrsträger gefördert werden, wenn der Anteil am Gesamtverkehr erhöht werden soll. Das Veloverleihsystem ist sicher ein Weg. M. Stauber bittet die Ratsmitglieder, das Postulat zu überweisen.

N. Gugger (EVP/EDU/GLP): Die Einführung eines Veloverleihsystems ist eine sehr gute Idee und die Velostadt Winterthur sollte hier eigentlich eine Vorreiterrolle spielen. So ist es aber nicht. Denn nicht nur im Ausland, sondern auch in mehr als 10 Schweizer Städten werden Velos ausgeliehen – meist gratis und meist durch Organisationen wie zum Beispiel KAP. Koordiniert werden diese Projekte von den beiden Netzwerken Velopass und Schweiz rollt. Weitere Städte werden folgen – früher oder später auch die Velostadt Winterthur. Gemäss Artikel 67 der revidierten Geschäftsordnung des Gemeinderates bildet das Postulat eine Aufforderung an den Stadtrat einen in den Aufgabenkreis der Stadt fallenden Gegenstand zu prüfen. Der Betrieb eines Veloverleihs ist mehrheitlich keine Kernaufgabe der Stadt. Das können ebenso gut Private übernehmen – mit oder ohne Zusammenarbeit mit dem KAP. Der EVP/EDU/GLP-Fraktion ist bekannt, dass von privater Seite bereits Kontakte zu beiden Netzwerken geknüpft wurden. In Zeiten finanzieller Engpässe soll sich die Stadt in erster Priorität den Kernaufgaben widmen. Die von den Postulanten verlangte Ausarbeitung eines Konzepts für die Einführung eines Veloverleihsystems in Winterthur geht wohl davon aus, dass dieser Verleih von der Stadt betrieben wird. In diesem Sinne lehnt die EVP/EDU/GLP-Fraktion das Postulat mehrheitlich ab. Solt es sich aber darum handeln, dass die Stadt lediglich die Einführung eines Veloverleihsystems in Winterthur prüfen soll, den Betreibern aber freie Hand lassen will, dann unterstützt die EVP/EDU/GLP-Fraktion das Postulat. Diese Zusage fehlt aber. Als N. Gugger O. Seitz gefragt hat, war die Auskunft, dass sich die Postulanten ein Konzept des Stadtrates wünschen. Das kann die EVP/EDU/GLP-Fraktion nicht unterstützen. Die Fraktion stimmt der Überweisung des Postulates nur dann zu, wenn der erste Satz des Textes wie folgt geändert wird: „Der Stadtrat wird eingeladen, zu prüfen, in welcher Form die Einführung eines Veloverleihsystems in Winterthur unterstützt werden kann.“ Die EVP/EDU/GLP-Fraktion denkt dabei an eine Unterstützung für private Betreiber.

M. Stauber (Grüne/AL) ist Zweitpostulant und kann diese Garantie nicht abgeben. O. Seitz wird das übernehmen. Ein Postulatstext kann nicht geändert werden. Das wurde im Rat bereits diskutiert. Für M. Stauber ist klar, der Stadtrat soll aufzeigen wie ein Veloverleih realisiert werden kann. Ob der Verleih städtisch, privat oder halbprivat geführt wird, ist nicht relevant. Der Verleih muss funktionieren, attraktiv sein, der Stadt Vorteile bringen und eine Verkehrsverlagerung fördern.

O. Seitz (SP) hat bewusst keine Motion eingereicht. Wenn er überzeugt wäre, dass die Stadt Winterthur selber ein Veloverleihsystem einführen soll, hätte er eine Motion eingereicht und erklärt der Stadtrat muss dieses Verleihsystem einführen. O. Seitz hat aber ein Postulat eingereicht und erwartet vom Stadtrat, dass er ein Konzept ausarbeitet. Möglicherweise macht es Sinn, wenn eine private Trägerschaft den Veloverleih übernimmt damit die ganze Sache für die Stadt keine Kosten verursacht. Vielleicht ist das aber nicht realistisch. Vielleicht muss die Stadt die Umsetzung anfänglich finanziell unterstützen oder vielleicht muss sie einen Teil der Kosten übernehmen. Man muss auch die Kosten einbeziehen, die der Mobilitätswachst mit sich bringt. Wenn mehr Busse eingesetzt werden müssen oder wenn die Kapazität erhöht werden muss, muss mit sehr hohen Kosten gerechnet werden. Diese Argumente müssen abgewogen werden. Momentan macht es Sinn, dass die Stadt alle Aspekte prüft. Dann kann der Gemeinderat erneut diskutieren. Es geht um ein Postulat.

H. Iseli (EVP/EDU/GLP): Die EVP/EDU/GLP-Fraktion will nicht, dass die Stadt Zeit und Geld investiert, um ein Konzept zu erarbeiten, das ein Privater erstellen soll, um abzuklären, ob ein Veloverleih rentiert. Wenn die Stadt das übernimmt, dann werden interne Kosten generiert und es werden viele Arbeitsstunden benötigt. Die Fraktion will nicht, dass der Stadtrat ein Konzept erstellt. Die Stadt ist nicht dazu da, Privaten Grundlagen zu erarbeiten. Die EVP/EDU/GLP-Fraktion ist aber nicht dagegen, dass die Stadt den Vorschlag prüft – ohne dass ein Konzept erarbeitet wird. Das ist ein Unterschied. Das Wort Konzept darf nicht in diesem Postulat stehen. Wenn der Stadtrat erklärt, dass er kein Konzept erstellen will, kann

das Postulat problemlos in eine Interpellation umgewandelt werden. Das Postulat kann auch zurückgezogen und anders formuliert werden. Aber in dieser Form wird die EVP/EDU/GLP-Fraktion der Überweisung nicht zustimmen.

N. Gugger (EVP/EDU/GLP): Ein Postulat ist verbindlich. Bern betreibt das Projekt „Bern rollt“. Das heisst, es ist absolut möglich einen Veloverleih zu realisieren. N. Gugger bemängelt, dass jetzt ein Papiertiger entsteht. Niemand behauptet, dass ein Veloverleihsystem nicht gut ist. Weil ein Postulat aber verbindlich ist, muss befürchtet werden, dass Kosten generiert werden, für die das Geld nicht vorhanden ist. Deshalb soll der Stadtrat das anders aufbauen. Es ist klar, dass ein Postulat nicht abgeändert werden kann. Es ist etwas anderes zu prüfen in welcher Form ein Verleih möglich ist, damit die Stadt diese Aufgabe nicht übernehmen muss.

M. Zeugin (EVP/EDU/GLP) unterstützt die Überweisung des Postulats. Der Gemeinderat hat bereits Energiefragen diskutiert. Auch hier geht es um Energie. Die Stadt wird nicht darum herum kommen Mobilität und Energie zu verknüpfen. Mit innovativen Projekten, wie ein Veloverleihsystem, kann wirksam auf das Problem aufmerksam gemacht werden, damit kann aber auch die Schnittstellen zwischen Bahn- und Fussverkehr mit einem Veloverleihsystem überbrückt werden. Das Postulat sagt klar, dass eine Prüfung gewünscht wird und dass die Trägerschaft ein Teil dieser Postulatsantwort sei. In diesem Sinne ist M. Zeugin überzeugt, dass eine Überweisung sinnvoll ist. M. Zeugin würde aber eine private Trägerschaft vorziehen.

Stadtrat W. Bossert: Der Stadtrat ist bereit das Postulat entgegenzunehmen – auch wenn einige Skepsis angebracht ist. Es wird kaum so sein, dass der Modalsplitt massgeblich verändert werden kann indem man 100 oder 150 Velo irgendwo parkiert, die ausgeliehen werden können. Die Velobenutzung in der Stadt Winterthur ist sehr hoch. Jeder, der das Potential besitzt, fährt in der Stadt Velo. Wenn Touristen die Stadt besuchen, können die Distanzen zu Fuss oder mit dem Bus bewältigt werden. Immerhin ist eine Untersuchung der Vor- und Nachteile dieses System richtig. Ein Nachteil ist, dass ein Veloverleih relativ viel Platz benötigt. Am Bahnhof wird die doppelte Menge an Veloabstellplätzen benötigt werden. Die Winterthurerinnen und Winterthurer benötigen diesen Platz ebenfalls. Solche Fragen können abgeklärt werden.

Ratspräsidentin Y. Beutler lässt über die Überweisung des Postulats abstimmen. Der ursprüngliche Text steht zur Abstimmung.

Der Rat überweist das Postulat mit 28 zu 26 Stimmen an den Stadtrat.

8. Traktandum

GGR-Nr. 2009/064: Beantwortung der Interpellation Ch. Baumann (SP), M. Stauber (Grüne/AL), M. Läderach (EVP/EDU/GLP) und St. Nyffeler (SVP) betreffend Unterstützung des altersdurchmischten Lernen an den Winterthurer Schulen

Ch. Baumann (SP) dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation zum altersdurchmischten Lernen (ADL). Er teilt die Ansicht des Stadtrates, dass das altersdurchmischte Lernen sehr gute Möglichkeiten zum Umgang mit Vielfalt und Heterogenität bietet. Frage 3: Ch. Baumann geht mit dem Stadtrat einig, dass die Initiative für eine Umstellung auf ADL unbedingt aus dem Lehrerinnen- und Lehrerteam kommen muss und nicht von Oben übergestülpt werden darf. Ziel dieser Interpellation war, für die Schulteams, welche sich zu Recht mit dieser Unterrichtsform auseinandersetzen, verlässliche Antworten auf folgende Fragen zu finden: Womit kann man bei einer solchen Umstellung rechnen, welcher Support, welche Ressourcen oder welche Entlastung stehen zur Verfügung? ADL bringt sicher einen Mehraufwand mit sich. Die Antwort zeigt aber, dass für eine Förderung dieser neuen geeigneten und zukunftsgerichteten Lehrform nicht der beste Boden besteht. Frage 1: Der Stadtrat erläutert, dass vom Kanton her in altersdurchmischten Klassen der Richtwert bei 25 Schülerinnen und Schülern statt bei 21 angesetzt ist. Es ist bekannt, dass bei Regelklassen der Richtwert von 25 Schülerinnen und Schülern zum Teil überzogen wird. Es gibt auch in Winterthur Klassen mit 28 oder 29 Kindern. Zudem stehen Sparmassnahmen an. Ch. Baumann fragt sich, wie das in Zukunft aussehen wird. Nicht zu empfehlen ist die Bildung von altersdurchmischten Klassen aufgrund der Ressourcen aus dem Gestaltungspool. Der Gestaltungspool ist geschaffen worden, um Ressourcen für die Schulleitungen bereit zu stellen und vor allem um die Umsetzung der IF gut zu bewältigen.

Im Weiteren muss man feststellen, dass die Grundstufenversuche, die im Jahr 2011/2012 auslaufen, noch nicht gesichert sind. Das ist eine altersdurchmischte Lernform, für die in den ersten 3 Jahren – Kindergarten und 1. Klasse – jeweils 150 Stellenprozent pro Klasse zur Verfügung stehen. Es ist unsicher, ob das in Zukunft so sein wird. So unsicher, dass bereits für eine Initiative Unterschriften gesammelt werden müssen. In Winterthur gehört das altersdurchmischte Lernen an der Brühlbergschule zum pädagogischen Konzept. Die Schule hat diese Umsetzung mit grossem Elan vorangetrieben, hat das altersdurchmischte Lernen etabliert und ist mit einem Preis ausgezeichnet worden. Die Leute haben das altersdurchmischte Lernen mit Überzeugung umgesetzt und bieten für andere Schulen Support, wenn es darum geht eine Umsetzung ins Auge zu fassen. Alle Umsetzungswilligen an die Brühlbergschule zu verweisen, wäre nicht im Sinne der Qualität. Die Brühlbergschule hatte im letzten Jahr über hundert Schulbesuche. Das ist ein zusätzlicher Aufwand für die Schule. Die Lehrpersonen müssen ihre Kräfte für die Unterrichtsqualität einsetzen. Ch. Baumann hätte interessiert, welche Unterstützung die Stadt oder das Departement umsetzungswilligen Schulen bieten kann. Aus der Antwort wird deutlich, dass diese Unterstützung momentan nicht sehr gross sein kann. Es gibt zwar das Netzwerk Schule, das Beratungen und Weiterbildung anbietet. Man muss aber feststellen, dass die Weiterentwicklung des altersdurchmischten Lernens hauptsächlich auf der Eigeninitiative der einzelnen Teams gründet. Ch. Baumann dankt dem Stadtrat für die Antwort, die Leute wissen jetzt womit sie zu rechnen haben, wenn sie diesen Weg beschreiten wollen. Er hofft, dass die Ratsmitglieder helfen werden, wenigstens den Minimalstandard bezüglich Klassengrössen und Ressourcen zu halten.

L. Banholzer (EVP/EDU/GLP): Die EVP/EDU/GLP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Interpellationsantwort und nimmt sie im zustimmenden Sinn zur Kenntnis. Die Ausführungen zeigen auf, wie klein der Spielraum der Stadt im Bereich der Gestaltung ist. Das betrifft auch die Weiterentwicklung der Schule Richtung altersdurchmischtes Lernen. Die Brühlbergschule ist nach wie vor die einzige Schule in Winterthur, die das altersdurchmischte Lernen als pädagogisches Konzept umsetzt. Zwei Kinder von L. Banholzer haben diese

Schule besucht, eines davon in der stürmischen Aufbauphase. Die Erfahrung hat gezeigt, wenn nicht überdurchschnittlich engagierte Lehrerinnen und Lehrer, die alle am gleichen Strick ziehen und voll hinter dem Modell stehen, unterrichten, garantiert auch diese Art von Schule keine zufriedene und lernbereite Schülerinnen und Schüler. Deshalb ist es richtig, dass altersdurchmisches Lernen nicht von Oben verordnet wird, sondern initiative Lehrpersonen unterstützt werden, die dieses Modell anwenden wollen. Das betont auch der Stadtrat in seiner Antwort zur Frage 3.

In der Antwort auf die Frage 2 führt der Stadtrat aus, dass es auch aus organisatorischen Gründen Klassen gibt, die aus mehreren Jahrgängen bestehen. Gerade diese Lehrpersonen, die nicht freiwillige an einer Mehrklassenschule unterrichten, sollten konkrete Unterstützung und Begleitung für den altersdurchmischten Unterricht und für anspruchsvolle Arbeit mit ihren Klassen erhalten. Es ist notwendig, dass das Departement Schule und Sport die nötige Hilfestellung anbietet und nicht die Brühlbergschule für alle Interessierten die Anlaufstelle bildet. Dass der Kanton das Netzwerk Schulen Kanton Zürich zur Verfügung stellt, ist sicher eine wichtige Hilfestellung. Allerdings ist zu bemerken, dass erst eine Schule in Winterthur diesem Netzwerk beigetreten ist. Das ist wahrscheinlich Ausdruck dafür, dass die Schulen mit der Umsetzung der von Oben verordneten Projekte vollends ausgelastet sind und keine Kräfte mehr freigesetzt werden können für zusätzliche Themen der Schulentwicklung. Das ist eigentlich schade.

St. Nyffeler (SVP): Der Stadtrat bringt es in seiner Antwort zum Ausdruck. Die Kompetenzen liegen letztendlich bei den Kreisen. Der Regierungsrat, beziehungsweise die Bildungsdirektion, fördert das altersdurchmischte Lernen, die daraus resultierenden Mehrkosten übernimmt der Kanton nicht. Wiederkehrende Mehrkosten sind in Winterthur zurzeit zu vermeiden. Zumindest wurde in Winterthur ein leistungsdurchmisches Modell realisiert, das recht gut funktioniert. Zum jetzigen Zeitpunkt muss zuerst die Umsetzung des Volksschulgesetzes abgeschlossen werden. Die Schulbehördenreorganisation ist noch voll im Gang. Es macht Sinn, dass altersdurchmisches Lernen in speziellen Kleinklassen angewendet wird. Die SVP sieht keinen Grund beim altersdurchmischten Lernen einen Schwerpunkt zu setzen.

A. Bosshart (FDP): Auch die FDP dankt dem Stadtrat für die Antwort, mit der sie im Grundsatz zufrieden ist. Trotzdem schwingt eine kleine Enttäuschung mit, da das offenbar sehr erfolgreiche Projekt an der Schule Brühlberg nur wenig Nachahmer gefunden hat. Insbesondere auf Sekundarschulstufe ist noch kein Versuch unternommen worden, ausser in der Talentklasse im Schulhaus Feld. Der Stadtrat erwähnt in seiner Antwort, dass solche Versuche vor allem dann erfolgreich seien, wenn die Initiative von Unten kommt, das heisst von den Lehrpersonen. Dass dieser Ansatz erfolgversprechend ist, leuchtet ein, ist es doch bedeutend einfacher sich zu motivieren, wenn man die Idee selber entwickelt hat. Das zeigt auch das Beispiel Brühlberg, das sehr erfolgreich ist. Hingegen muss man die Frage stellen, ob solche Versuche einzig von der Lehrerschaft initiiert werden sollen. Bottom up bedeutet, dass die Schüler und die Schulpflegen ebenfalls Einfluss nehmen können. Schliesslich braucht es auch den Support von Oben, vom Schuldepartement, damit solche Initiativen auf fruchtbarem Boden landen.

R. Harlacher (CVP): Die CVP-Fraktion dankt dem Stadtrat ebenfalls für die Antwort und nimmt sie im positiven Sinn zur Kenntnis. Die Kompetenz in diesen Fragen liegt nicht beim Stadtrat, sondern bei der Zentralschulpflege, respektive bei den Kreisschulpflegern. Altersdurchmisches Lernen ist pädagogisch sehr sinnvoll. Die flächendeckende Umsetzung ist aber aufwändig und fordert von allen Beteiligten grossen Einsatz. Natürlich benötigt die Umsetzung auch finanzielle Mittel. Die Zentralschulpflege hat richtig festgehalten, dass die Schulen zurzeit mit der Umsetzung des Volksschulgesetzes beschäftigt sind und die Schulen nicht mit altersdurchmischem Lernen zusätzlich belastet werden sollen. Diese Haltung unterstützt die CVP. Die Schulen sollen im Moment nicht mit zusätzlichen Aufgaben überladen werden. Die Umsetzung des Volksschulgesetzes hat oberste Priorität. Das altersdurchmischte Lernen ist im Moment kein Schwerpunktthema. Ein erfolgreiches Umsetzen des altersdurchmischten Lernens benötigt auch entsprechende Energien und Mittel, damit

es erfolgreich umgesetzt werden kann und sollte nach der Umsetzung des Volksschulgesetzes in Angriff genommen werden.

Stadträtin P. Pedernana: Es ist das letzte Mal, dass die Stadträtin zu schulpolitischen Fragen Stellung nimmt. Die Antwort ist etwas veraltet. Es ist durchaus möglich, dass man in nächster Zeit mehr von altersdurchmischem Lernen in Winterthur hören wird. Es ist gesagt worden, dass nicht abgewartet werden soll, bis etwas aus den Lehrerteams entsteht. Das würde nämlich heissen, dass die Lehrpersonen bestimmen würden. Im Moment werden in Winterthur nicht nur neue Schulhäuser gebaut. Es entstehen auch neue Teams. Die Kreisschulpflegen setzen sich aktuell mit verschiedenen Fragen auseinander. Sie überlegen sich, welche Art des Betriebs realisiert werden soll. In der nächsten Legislatur stehen spannende Diskussionen an. Auf die Brühlbergschule ist das Departement sehr stolz. Die Zentralschulpflege hat sich mit der Brühlbergschule und anderen Schulen im Kanton auseinandergesetzt. Die Brühlbergschule wird auch unterstützt. Die Schule wird permanent von Lehrerteams besucht und ist überaus erfolgreich. Die Lehrpersonen sind sehr engagiert und die Schule hat ein klares Konzept. Die Lehrpersonen sind bereit, das Unterrichtsmaterial, das sie erarbeitet haben, ändern zur Verfügung zu stellen. Das Departement unterstützt die Lehrpersonen indem der Aufwand entschädigt wird. Die Brühlbergschule hat Diskussionen ausgelöst, die Lehrpersonen und die Kreisschulpflegen sind engagiert. Stadträtin P. Pedernana freut sich darauf, als Kollegin ihres Nachfolgers die Diskussion weiterzuverfolgen.

Ratspräsidentin Y. Beutler: Damit ist die Interpellation erledigt und abgeschrieben.

Die Ratspräsidentin schliesst die Sitzung und lädt alle Anwesenden zum Apéro ein. Sie dankt den Ratsmitgliedern für das vergangene Jahr. Es hat ihr sehr viel Freude bereitet die Sitzungen zu leiten. Sie wünscht allen einen schönen Abend.

Der Rat verabschiedet die Ratspräsidentin mit einem Applaus.

Statistik: Erledigte Vorstösse 6, eingegangene Geschäfte 3

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Die Präsidentin

Die 1. Vizepräsidentin:

Die 2. Vizepräsidentin:

Y. Beutler (SP)

U. Bründler (CVP)

D. Schraft (Grüne)